Bebauungsplan "Kirchenstraße"

in der Gemeinde Oberweiler-Tiefenbach

Kreis Kusel

Umweltbericht

mit integrierter Abarbeitung der Eingriffsregelung



Oktober 2024

BKW ENGINEERING IGR

Auftraggeber

Ortsgemeinde
Oberweiler-Tiefenbach
Flurstraße 12
67752 Oberweiler-Tiefenbach

Oberweiler-Tiefenbach,

den 11.11.2024

Herr Alexander Emrich
- Ortsbürgermeister -

Gemeinde Oberweiler-Tiefenbach
Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein

Bearbeiter

IGR GmbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern,

Im Oktober 2024

Gliederung

1.	**Einleitung**	**6**
1.1	Ziele und Inhalte der Planung	6
1.2	Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen	7
1.2.1	Fachgesetze	7
1.2.2	Fachplanung	7
1.3	Sonstige Schutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete	10
1.4	Stellungnahmen aus den Verfahren nach § 3 Abs.2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Umweltrelevanz – ÖBB Oktober 2024	13
Hinweise zur Vorsorge und planerischen Bewältigung von Starkregen und der Ableitung von Schmutz- und Regenwasser ergehen. Weiter ist auf den vorsorgen Bodenschutz zu achten; Hinweise auf Altablagerungen, Altstandorte o. Ä. liegen nicht vor.		13
2.	**Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes**	**14**
2.1	Bestandsaufnahme	14
2.1.1	Naturräumliche Gliederung	14
2.1.2	Relief/Geologie	14
2.1.3	Heutige Potenzielle Natürliche Vegetation/hpnV	14
2.1.4	Ortsbegehungen und Bestandsaufnahmen	15
2.2	Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario)	16
2.2.1	Fotodokumentation des derzeitigen Bestandes	16
2.2.2	Schutzgut Fläche	17
2.2.3	Schutzgut Boden	18
2.2.4	Schutzgut Wasser	19
2.2.5	Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	19
2.2.6	Schutzgut Luft, Klima, Klimawandel	19
2.2.7	Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit	20
2.2.8	Schutzgut Landschaft/naturbezogene Erholung	20
2.2.9	Schutzgut kulturelles Erbe	21
2.3	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	21
2.4	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung	22
2.4.1	Darstellung des Eingriffes bei Durchführung der Planung	22
2.4.2	Kumulierung von Vorhaben	29
2.4.3	Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	30
2.5	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	30
2.5.1	Landespflegerische Maßnahmen im Geltungsbereich	30
2.5.2	Maßnahmen zum Artenschutz	31
2.6	Landespflegerische Maßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches	32
2.6.1	Externe Maßnahme 1 ("Bürgerhaus"):	32
2.6.2	Externe Maßnahme 2 ("L 384"):	32
2.6.3	Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung	33
Wirkungen der Maßnahmen auf die Schutzgüter		34

3. Zusätzliche Angaben 37

3.1 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung 37
3.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung 37
3.3 Verfahrensablauf 37

4. Quellen 40

5. Allgemein verständliche Zusammenfassung 41

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Lage des Geltungsbereiches 6
Abbildung 2 Landesentwicklungsprogramm IV aus dem Jahr 2008 8
Abbildung 3 Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz aus dem Jahr 2020 9
Abbildung 4 Flächennutzungsplan Verbandsgemeinde Wolfstein 10
Abbildung 5 Schutzgebiete 11
Abbildung 6 Gesetzlich festgelegte Überschwemmungsgebiete (blau schraffiert) in der Nähe des Baugebietes (rot) 12
Abbildung 7 Geltungsbereich Blick Richtung Nordosten (2024) 16
Abbildung 8 Geltungsbereich Blick Richtung Südwesten (2024) 16
Abbildung 9 Geltungsbereich Blick Richtung Westen (2024) 17
Abbildung 10 Geltungsbereich Wendeanlage Ende Kirchenweg (2020) 17
Abbildung 11 Radonvorkommen 18
Abbildung 12 Starkregenentstehungsgebiet 26

Quellenangaben

Geobasisdaten

Für die Abbildungen werden teilweise Grundlagen des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz (LVermGeo) verwendet (© GeoBasis-DE/LVermGeoRP2002-10-15/Open Data: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2024, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de)

Ebenfalls wurden für die Datenerhebung die Grundlagen vom Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz (LANIS) verwendet.

1. Einleitung

1.1 Ziele und Inhalte der Planung

Die Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach (Verbandgemeinde Lauterecken-Wolfstein) möchte im Rahmen der Wahrnehmung der städtebaulichen Entwicklung einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Wohnbauflächenentwicklung aufstellen.

Der Grund hierfür ist, dass in der Ortsgemeinde aktuell eine Nachfrage nach Wohnraum besteht, die aber durch Baulücken oder Leerstand nicht befriedigt werden kann. Die hohe Nachfrage lässt sich auch mit dem Firmensitz der Firma Karl Otto Braun erklären, die derzeit expandiert. Mit dem Bebauungsplan wird das Ziel der Entwicklung und Umsetzung von Potenzialflächen an der Ortsrandlage von Oberweiler-Tiefenbach verfolgt.

In der Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach leben derzeit 264 Einwohner (Stand: 31.12.2019). Oberweiler-Tiefenbach liegt in der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein, Landkreis Kusel. Der Ortgemeinde ist keine Zentrenfunktion zugeteilt, welche berechtigt ist, Wohnflächen, Gewerbe etc. zu entwickeln und/oder vorzuhalten. Der Großteil der Fläche der Ortsgemeinde (ca. 88 %) sind land- und forstwirtschaftliche Flächen.

Das nächstgelegene Mittelzentrum ist Lauterecken in rund 8 km/15 min. Entfernung. Das nächstgelegene Oberzentrum ist die Stadt Kaiserslautern in 26 km/35 min. Entfernung. Der Geltungsbereich befindet sich nördlich des Ortskerns von Oberweiler-Tiefenbach.

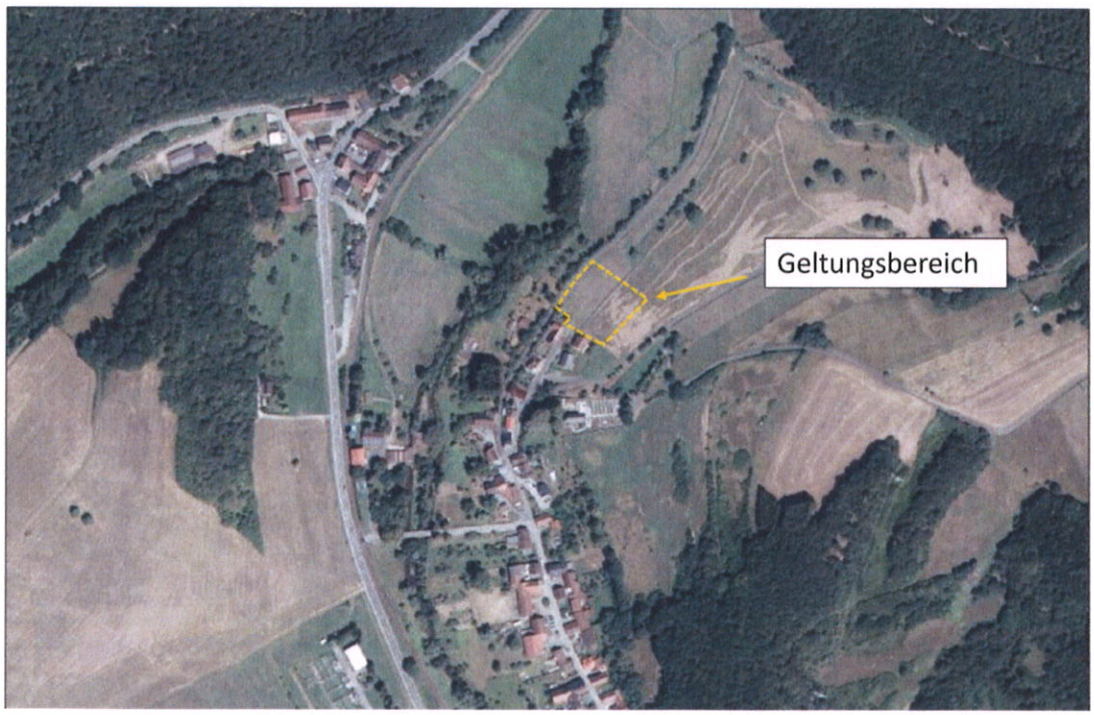


Abbildung 1 Lage des Geltungsbereiches

Das Gelände weist ein Gefälle von rund 16,00 Höhenmetern von Osten nach Westen auf. Die Höhenlage beträgt zwischen 207 NHN und 191 NHN. Das Gelände fällt Richtung Westen hin zur Lauter ab.
Der Bebauungsplan umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Oberweiler-Tiefenbach, Flur 1 mit

folgenden Flurstücknummern:

1780 (teilweise), 1781 (teilweise) und 1793.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes hat eine Größe von 0,57 ha.

1.2 Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen

1.2.1 Fachgesetze

Um die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB ausreichend zu berücksichtigen und in die Abwägung einzubringen, wird nach § 2 Abs. 4 und § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt. Die darin ermittelten und bewerteten voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen werden im vorliegenden Umweltbericht beschrieben. Der Umweltbericht bildet nach § 2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung des Bebauungsplanes. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Abarbeitung der Eingriffsregel nach § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 Abs. 1 BNatSchG wird dabei in den Umweltbericht integriert. Insbesondere sind dabei die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu berücksichtigen und Aussagen zur Vermeidung, Verminderung und Ausgleich - zur Kompensation der Beeinträchtigungen - zu entwickeln.

Die Zuordnung von Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgt sowohl verbal-argumentativ als auch flächenbezogen. Die Gesamtbilanzierung gemäß Eingriffsregelung ist in Anhang 1.1 tabellarisch sowie im Konflikt- und Maßnahmenplan (Anhang 1.3) dargestellt.
Als allgemeine Zielsetzungen sind nach § 1 Abs. 1 BNatSchG Natur und Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen [...] so zu schützen, dass

1. die biologische Vielfalt,
2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft

auf Dauer gesichert sind; [...].

Diese Ziele werden durch die Festsetzung von Schutz-/Minimierungsmaßnahmen sowie Ausgleichsmaßnahmen für die Wiederherstellung von unvermeidbaren Eingriffen in Natur und Landschaft umgesetzt.

1.2.2 Fachplanung

1.2.2.1 Landesentwicklungsplanung

Im LEP IV aus dem Jahr 2008 ist die Ortsgemeinde mit keiner besonderen Funktionszuweisung belegt. Der Bereich östlich der Ortslage ist als landesweit bedeutsamer Bereich für die Landwirtschaft

gekennzeichnet. Im Westen der Gemeinde verläuft die überregionale Straßenverbindung und eine Verbindungsfläche Wasser.

Der LEP IV macht hier weiter die räumliche Verortung und Beziehung der Ortsgemeinde zwischen dem Mittel- und Oberzentrum deutlich.

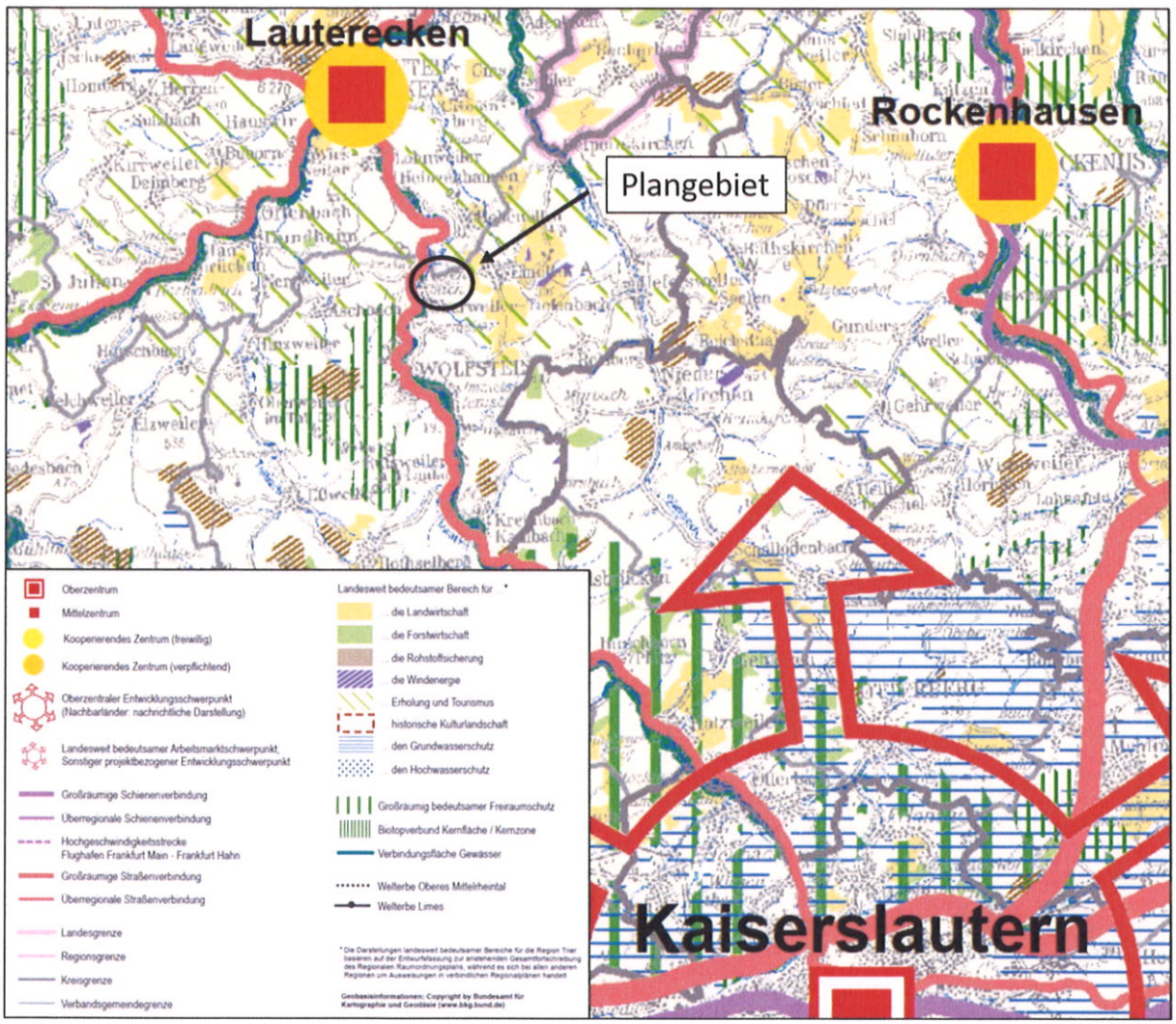


Abbildung 2 Landesentwicklungsprogramm IV aus dem Jahr 2008

1.2.2.2 Regionalplanung

Im Regionalen Raumordnungsplan Westpfalz aus dem Jahr 2020 ist für die Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach keine Funktionszuweisung erfolgt. Der Geltungsbereich befindet sich in Gänze im Außenbereich, liegt aber im direkten räumlichen Zusammenhang mit dem bestehenden Siedlungskörper. Die Ziele der Raumordnung sind nicht betroffen.

Der Geltungsbereich wird als Wiesenfläche dargestellt. Im Westen und Nordwesten grenzt direkt ein landesweiter Biotopverbund an. Weiter liegt der Geltungsbereich am Rand eines Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund, ein Grundsatz der Raumordnung. Die Ziele oder Grundsätze der Raumordnung werden daher durch die Planung nicht beeinträchtigt.

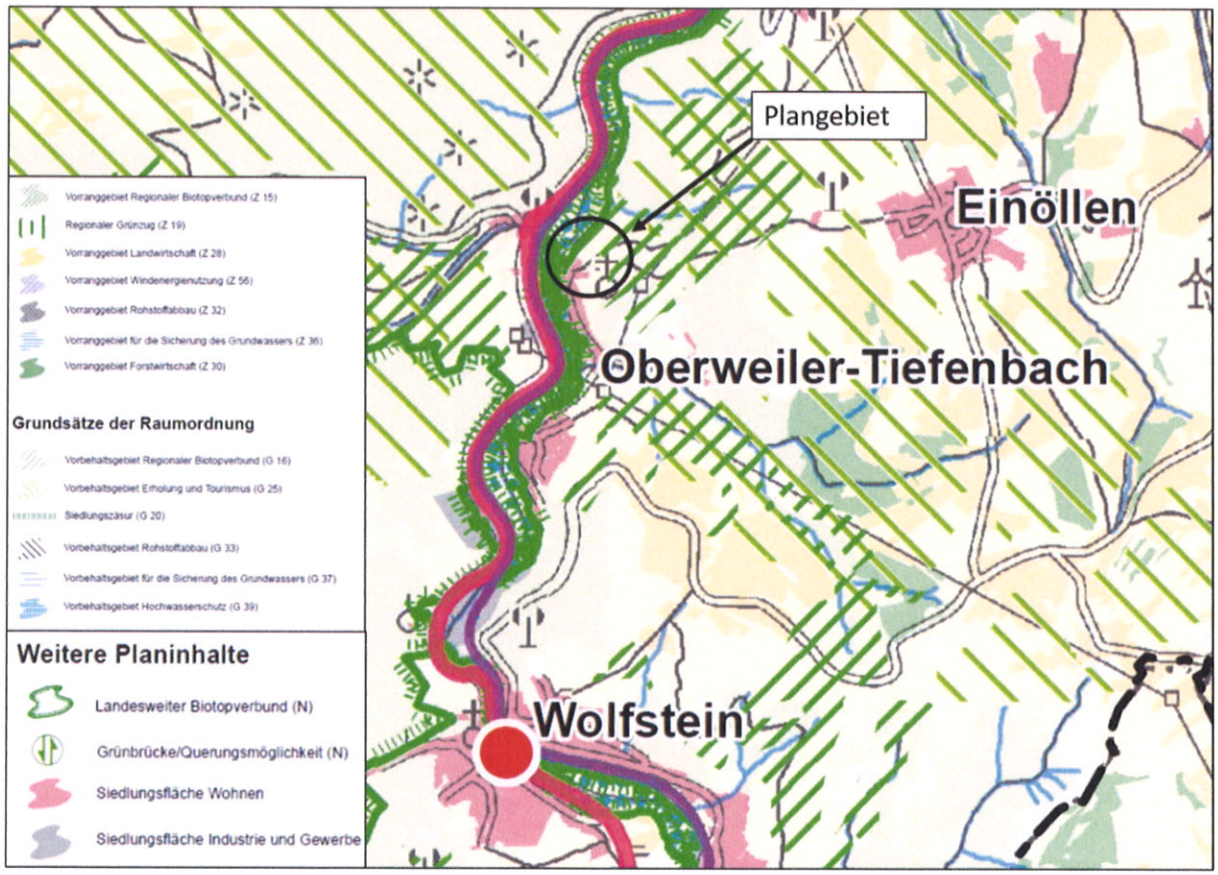


Abbildung 3 Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz aus dem Jahr 2020

1.2.2.3 Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der alten Verbandsgemeinde Wolfstein (seit 2014 Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein) ist der Geltungsbereich im Außenbereich dargestellt. Der Geltungsbereich ist mit einer gelben flächigen Signatur versehen, welche für "Fläche für die Landwirtschaft" steht. Diese Signatur ist im Umfeld des gesamten Geltungsbereiches. Allein im Südwesten direkt anschließend befindet sich eine braun-schraffierte Signatur, welche für "M - Gemischte Bauflächen" steht. Südlich befindet sich, mit einer grünen flächigen Signatur versehen, der Friedhof.

Im Nordwesten angrenzend befindet sich eine Raute mit der Signatur "N" für Naturschutzgebiet.

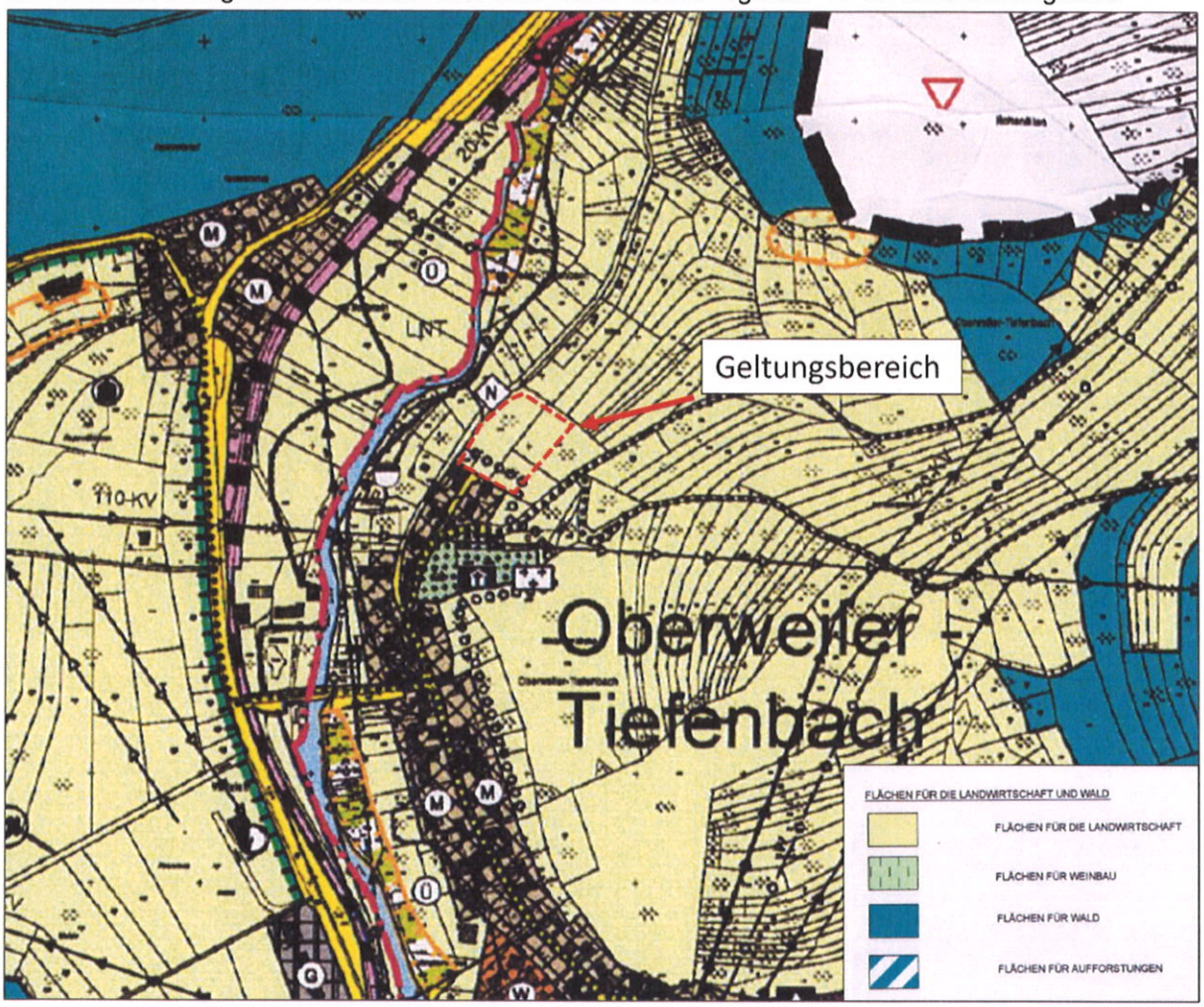


Abbildung 4 Flächennutzungsplan Verbandsgemeinde Wolfstein

Aktuell wird der FNP der VG Lauterecken-Wolfstein neu Aufgestellt. Im Rahmen dieser Neuaufstellung wird das geplante Neubaugebiet als Wohnbaufläche dargestellt (Stand: Mai 2024).

1.3 Sonstige Schutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete

Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine Vogelschutz- und FFH-(Fauna-Flora-Habitat)Gebiete bekannt.

Im Westen und Nordwesten befindet sich das FFH-Gebiet "Königsberg FFH-6411-302" mit einer Fläche von rund 1 080 ha. Die Grenze des nach Westen ausgerichteten Schutzgebietes liegt direkt angrenzend an der äußeren Grenze des Geltungsbereiches.

Im Abstand von rund 170 m befindet sich nördlich der Geltungsbereich ein geschützter FFH-Lebensraumtyp in Form einer Magerwiese ("Blütenreiche Fettwiese in Lauter-Aue, N Tiefenbach 2 - BT-6311-0018-2012") mit einer braunen Signatur. Das Schutzziel ist hier der Erhalt von Lebensraumgemeinschaften und Fläche selbst.

Nach derzeitigen Erkenntnissen und der überschlägigen Abschätzung möglicher potenzieller negativer Einflüsse ist aufgrund der Entfernungen **nicht von einer Gefährdung des FFH-Gebietes und dessen Zielen auszugehen**.

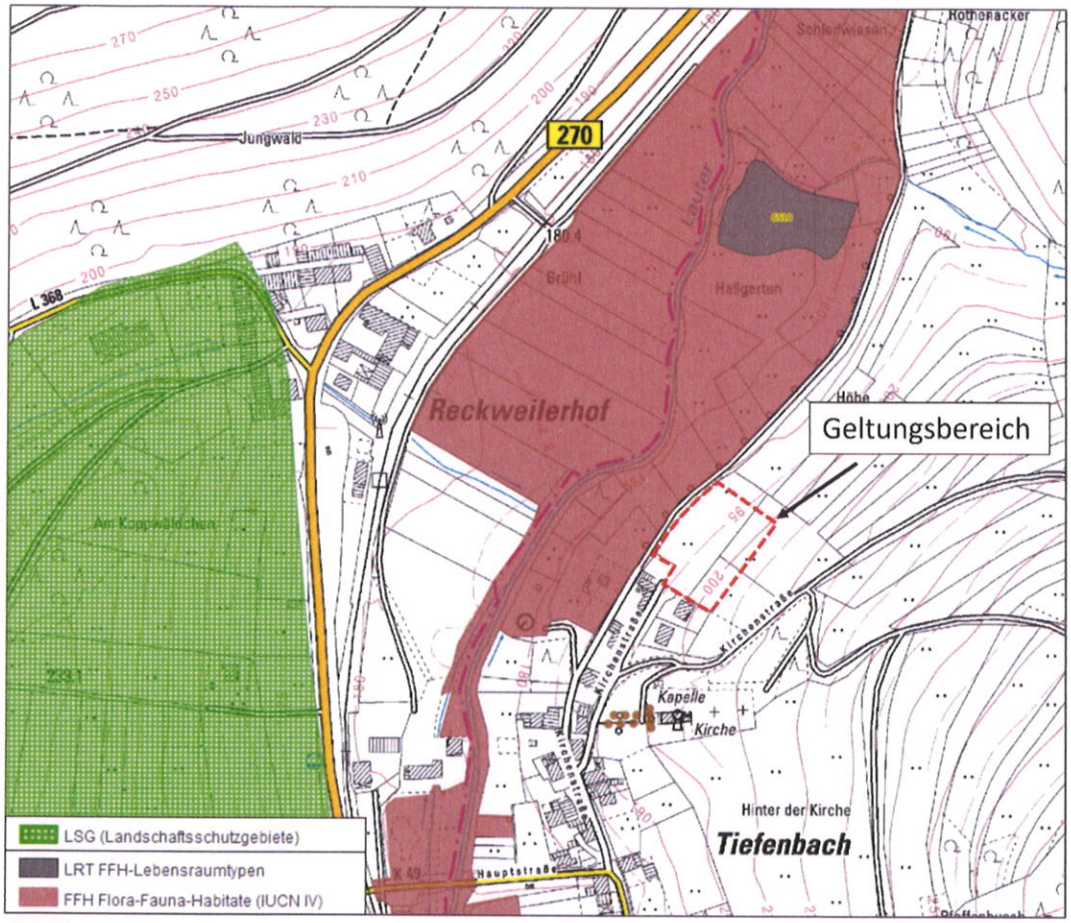


Abbildung 5 Schutzgebiete

Beidseits der Lauter befindet sich ein verbindlich festgesetztes (§ 83 Abs. 1 und 2 LWG) Überschwemmungsgebiet (siehe Abbildung 6). Es kommt zu keiner Überschneidung mit dem Bebauungsplan.

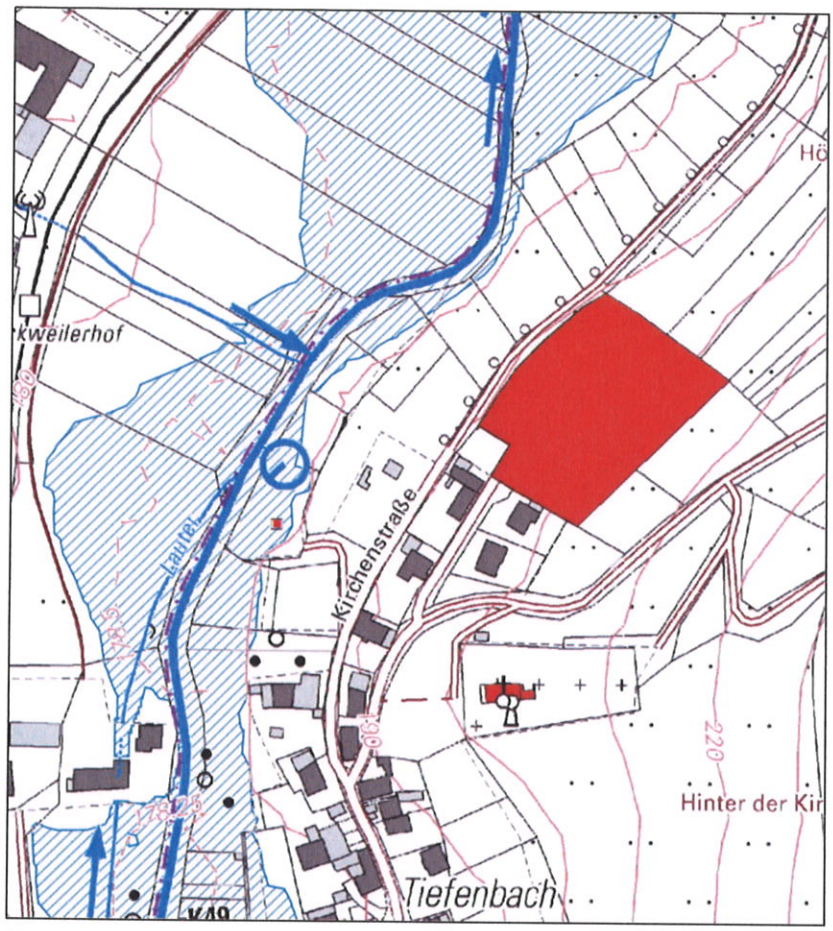


Abbildung 6 Gesetzlich festgelegte Überschwemmungsgebiete (blau schraffiert) in der Nähe des Baugebietes (rot)

1.4 Stellungnahmen aus den Verfahren nach § 3 Abs.2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Umweltrelevanz – ÖBB Oktober 2024

Kreisverwaltung Kusel, Gesundheitsamt, Kusel vom 05.09.2024

Es erfolgen Hinweise zu möglichen Radonvorkommen.

Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Speyer vom 03.09.2024

Es werden Hinweise zu möglichen potentiellen Funden im Geltungsbereich und zu deren Meldepflicht vorgebracht.

Kreisverwaltung Kusel, Untere Wasserbehörde, Kusel vom 25.09.2024

Keine Betroffenheiten, durch die Planung, von Wasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten oder der Lauter (Gewässer II. Ordnung). Altablagerungen liegen auch nicht vor.

Kreisverwaltung Kusel, Untere Naturschutzbehörde, Kusel vom 25.09.2024

Die Behörde bestätigt die geplanten Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sowie die geplanten Externen Ausgleichsflächen. Weiter werden Aussagen zur Umsetzungskontrolle über eine Ökologische Baubegleitung der Externen Maßnahmen getätigt.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Kaiserslautern vom 19.09.2024

Hinweise zur Vorsorge und planerischen Bewältigung von Starkregen und der Ableitung von Schmutz- und Regenwasser ergehen. Weiter ist auf den vorsorgen Bodenschutz zu achten; Hinweise auf Altablagerungen, Altstandorte o. Ä. liegen nicht vor.

2. Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes

Der Umweltzustand und die besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand werden nachfolgend auf das jeweilige Schutzgut bezogen dargestellt, um die besondere Empfindlichkeit von Umweltmerkmalen gegenüber der Planung herauszustellen und Hinweise auf ihre Berücksichtigung im Zuge der planerischen Überlegung zu geben.

Anschließend wird die mit der Durchführung der Planung verbundene Veränderung des Umweltzustandes dokumentiert und bewertet. Die mit der Planung verbundenen Umweltwirkungen werden deutlich herausgestellt, um daraus anschließend Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zur Kompensation erheblich negativer Umweltwirkungen abzuleiten.

2.1 Bestandsaufnahme

2.1.1 Naturräumliche Gliederung

Zur räumlich ökologischen Einordnung von Bereichen in einem großräumigeren Zusammenhang werden "naturräumliche Einheiten" (Naturräume) als Ordnungskategorien definiert.

Der Geltungsbereich liegt im Landschaftsraum "Moschelhöhen" (193.140) der naturräumlichen Großlandschaft "Saar-Nahe-Bergland" (19).

Im Süden grenzt der Landschaftsraum "Potzberg-Königsberg-Gruppe" (193.2) der Großlandschaft " Saar-Nahe-Bergland" (19) an.

Als Moschelhöhen bezeichnet man die Hochflächen zwischen Glan und Alsenz mit einem mittleren Niveau von etwa 330 bis 360 m ü.NN. Sie sind im Norden etwas lebhafter, im Süden etwas weniger durch Quellmulden und Kerbtäler der Nebenbäche zerschnitten. Besonders markant ist das etwa 150 m tief eingeschnittene Tal der Lauter mit steilen Hängen und einem stark gewundenen Bachlauf.[1]

2.1.2 Relief/Geologie

Das Gelände weist ein Gefälle von rund 16,00 Höhenmetern von Osten nach Westen auf. Die Höhenlage beträgt zwischen 207 NHN und 191 NHN. Das Gelände fällt Richtung Westen hin zur Lauter ab.

Gemäß der Geologischen Übersichtskarte des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz handelt es sich bei dem geologischen Untergrund um oberflächennahe Sedimentgesteine des Rotliegend (bestehend aus Ton- und Sandsteinen sowie Arkosen)

2.1.3 Heutige Potenzielle Natürliche Vegetation/hpnV

Die Einheiten der heutigen potenziellen natürlichen Vegetation (hpnV) sind aus den heutigen standörtlichen Gegebenheiten abgeleitet. Sie geben an, welche Pflanzengesellschaften sich ohne Einfluss des

1 https://landschaften.naturschutz.rlp.de/landschaftsraeume.php?lr_nr=193.140, zuletzt aufgerufen 30.07.2024

Menschen auf die vorhandenen Standortverhältnisse einstellen würden. Sie sind damit Ausdruck des natürlichen Standortpotenzials des Untersuchungsraumes.

Im Geltungsbereiches würde sich unter natürlichen Bedingungen ein Hainsimsen-Buchenwald in einer geringen basenstufe, frischen Variante sowie einer mittleren Klima Lage entwickeln.[2]

2.1.4 Ortsbegehungen und Bestandsaufnahmen

Im Rahmen der Bearbeitung des Bebauungsplanes wurden Ortsbegehungen durch Fachpersonal der igr GmbH vorgenommen. Zeitgleich wurde der Bestand im Geltungsbereich hinsichtlich des Schutzgutes Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt besonders überprüft, es wurden dabei auch die freizugänglichen Onlineportale u.a. von LANIS und ARTeFAKT genutzt.

Termin:

03.07.2020
15.06.2021
31.07.2024

[2] https://map-final.rlp-umwelt.de/Kartendienste/index.php?service=hpnv, zuletzt aufgerufen 30.07.2024

2.2 Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario)

2.2.1 Fotodokumentation des derzeitigen Bestandes



Abbildung 7 Geltungsbereich Blick Richtung Nordosten (2024)



Abbildung 8 Geltungsbereich Blick Richtung Südwesten (2024)



Abbildung 9 Geltungsbereich Blick Richtung Westen (2024)

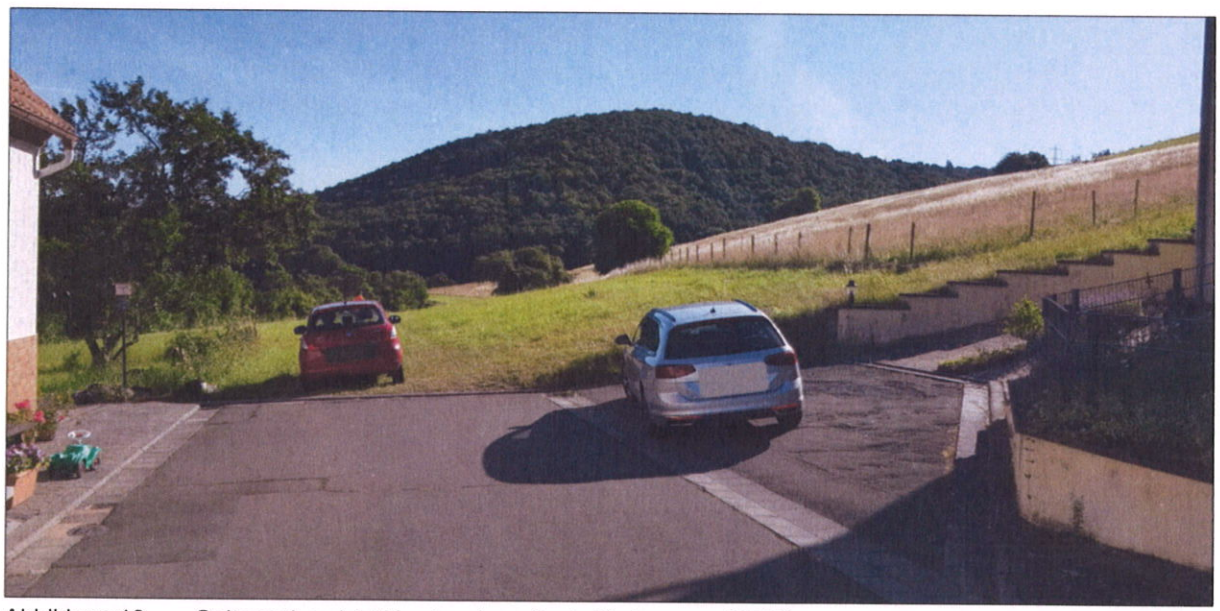


Abbildung 10 Geltungsbereich Wendeanlage Ende Kirchenweg (2020)

2.2.2 Schutzgut Fläche

Die Flächen im Geltungsbereich werden vorwiegend als Weideflächen teils extensiv genutzt.

Im Süden grenzt die bestehende Siedlungsbebauung an und im Norden und Osten weitere Wiesenflächen. Der Westen wird durch das Lautertal bestimmt.

Der gesamte Geltungsbereich umfasst 0,57 ha Fläche.

2.2.3 Schutzgut Boden

Der Boden nimmt mit seinen vielfältigen Funktionen eine zentrale Stellung im Ökosystem ein und besitzt aufgrund seiner natürlichen und funktionellen Nutzungsmöglichkeiten eine entscheidende Lebensgrundlage für den Menschen. Ebenso übernimmt der Boden wichtige Funktionen hinsichtlich der Standortbedingungen von Flora und Fauna. Er ist entscheidend für die Funktionen des Wasserhaushaltes und Kohlenstoffkreislaufes. Seine Entstehungsgeschichte kann lange geologische Zeiträume umfassen und kann durch kurzzeitige Eingriffe des Menschen entscheidend verändert werden. Diese Eingriffe können durch Verdichtung, Umwälzung und Versiegelung des Bodens entstehen.

Der Geltungsbereich umfasst aktuell zwei Nutzungsarten. Welche durch die Grünflächen (Weise und Wiese) dominiert werden. Weiter bestehen bereits Siedlungsflächen und landwirtschaftliche Wege.

Bei dem Geltungsbereich handelt es sich um eine Wiesen- und Weidefläche. Anhand der Bodenschätzungskarten des Landesamtes für Geologie und Bergbau ist im Planungsgebiet mit Bodenarten in Form von Lehm (L) zu rechnen.

Gemäß den Karten des Geologischen Landesamtes befindet sich das Baugebiet in einem Bereich mit einem erhöhtem bis lokal hohen Radonpotenzial (40 kBq/m³ bis 100 kBq/m³). Deshalb wird den Bauherren empfohlen, eigene Untersuchungen vorzunehmen, um sich über die tatsächliche Radonbelastung am Standort des geplanten Gebäudes zu informieren. Es wird jedoch empfohlen, die Gebäude mit Wohnnutzungen im Kellerbereich so zu errichten, dass ein Eindringen von Radon durch geeignete technische Maßnahmen verhindert wird. Entsprechende Informationen sind in den Textlichen Festsetzungen enthalten.

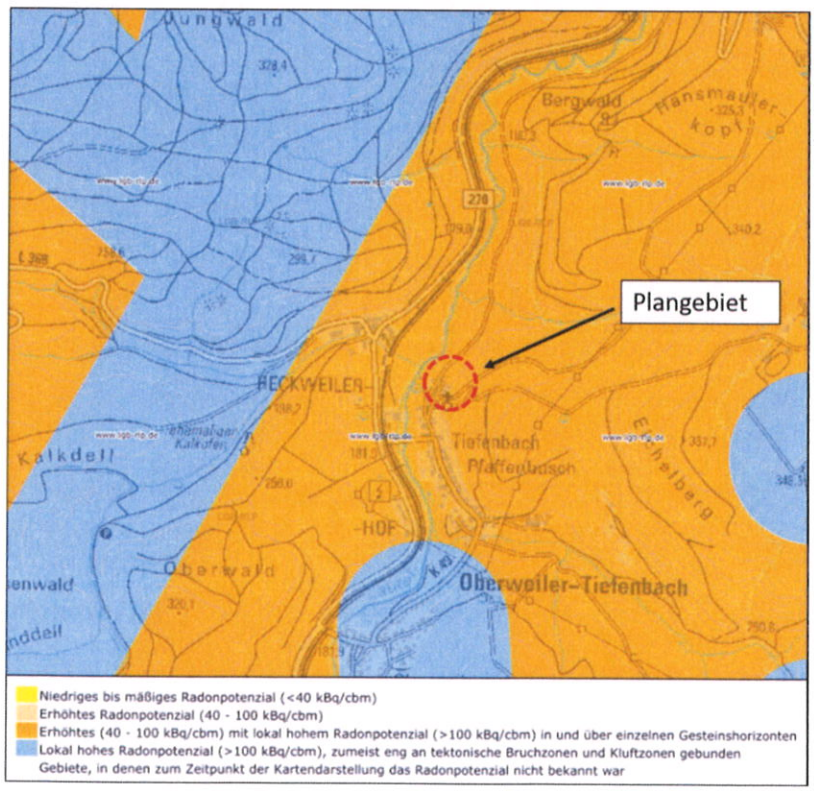


Abbildung 11 Radonvorkommen

2.2.4 Schutzgut Wasser

Im Geltungsbereich liegen keine Schutzgebiete bzgl. Trinkwasser, Grundwasser oder Heilquellen.

Im Westen des geplanten Bebauungsgebietes verläuft die Lauter, welche im Pfälzerwald nahe Kaiserslautern entspringt und in Richtung Norden fließt fließt.

Gemäß den Informationen des Geoportals Wasser der Wasserwirtschaftsverwaltung von Rheinland-Pfalz herrscht im südlichen Bereich des Geltungsbereiches eine Grundwasserneubildungsrate von 99 mm/a.

2.2.5 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Pflanzen

Im Geltungsbereich befinden Wiesen- und Weideflächen, jeweils zu ca. 50 % der Fläche.

Insgesamt handelt es sich Weisen- und Weideflächen, welche nach § 15 LNatSchG-RLP kartiert sind.

Tiere, biologische Vielfalt/Artenschutz

Die besonders bzw. streng geschützten Arten sind nach § 7 (2) Nr. 13, 14 BNatSchG i. V. m. § 44 BNatSchG bei der Planung zu berücksichtigen.

Die im Untersuchungsgebiet vorhandenen Nutzungs- und Biotoptypen sind ein Indiz für die potenziell vorhandenen Arten. Diese Potenzialabschätzung wird unterlegt durch durchgeführte Geländebegehungen.

Nach aktuellen Erkenntnissen kann nicht von erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf Tiere oder der Habitate ausgegangen werden.

Weiterführenden Aussagen hierzu können der Artenschutzrechtlichen Potenzialabschätzung entnommen werden.

2.2.6 Schutzgut Luft, Klima, Klimawandel

Das Schutzgut Luft ist eine bedeutende Grundlage des Lebens. Neben der menschlichen Gesundheit werden Schutzgüter, wie Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt, von der Luftqualität beeinflusst. Auf Luftverunreinigungen bzw. -veränderungen sind Belastungen des Klimas auf klein- und großräumiger bis zur regionalen und globalen Ebene zurückzuführen.

In Offenlandbereichen kann es zur Abkühlung der Atmosphäre kommen und Niederschlagswasser kann versickern und die Böden werden befeuchtet, was später zur Entstehung von Luftfeuchte beitragen kann. Auf versiegelten Flächen besteht je nach Ausführung, dass sich Materialien aufheizen und langfristig Wärme speichern.

Die Ortsgemeinde liegt großräumig betrachtet in der gemäßigten Klimazone, die durch ein kühlgemä-

ßigtes, ozeanisches Westwindklima geprägt ist. Das lokale Klima im geplanten Baugebiet wird durch verhältnismäßig trockene Luftmassen geprägt. Die klimatischen Bedingungen können im Geltungsbereich mit folgenden Faktoren bezeichnet werden[3]:

- Mittlere Jahrestemperatur: 8 °C
- Mittlere Sommertemperatur: 13 °C bis 20 °C
- Mittlere Wintertemperatur: -1 °C bis 3 °C
- Gemittelte Niederschlagsmenge: 550 mm bis 650 mm im Jahr

In den Offenlandbereichen des geplanten Wohngebietes und der Grünflächen bestehen die aktuell oben beschriebenen Zustände einer freien Fläche.

2.2.7 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für den Menschen. Für die Betrachtung des Menschen als Schutzgut selbst sind zum einen gesundheitliche Aspekte in der Bauleitplanung, vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte, wie Erholung, Freizeitfunktionen und Wohnqualität, von Bedeutung.

Dem Geltungsbereich kommt in seinem aktuellen Zustand eine niedrige Bedeutung für das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit zu. Es gehen von ihm nach aktuellem Kenntnisstand keine schädlichen Einflüsse für die menschliche Gesundheit aus.

Für die wohnumfeldnahe Erholung haben die Offenlandbereiche eine positive Bedeutung in der Weise, dass es sich hier eben um offenen Freiraum handelt, der zu Erholungszwecken (Sport, Landschaftserleben usw.) genutzt werden kann.

Die angrenzenden Straßenzüge verursachen bereits durchfahrende Pkw im jetzigen Zustand Lärm und CO_2-Emissionen.

2.2.8 Schutzgut Landschaft/naturbezogene Erholung

Bei der Betrachtung der Landschaft als Schutzgut stehen das Landschaftsbild bzw. die optischen Eindrücke und die Erholungsfunktion im Vordergrund. Von Bedeutung sind alle Elemente des Landschaftsbildes, die die Aspekte Vielfalt, Eigenart und Schönheit mitprägen.

Der Bereich um und in dem Geltungsbereich ist überwiegend durch landwirtschaftlich genutzte Flächen geprägt. Im Norden und Osten grenzen Wiesen und Weideflächen, im Westen das Lautertal und Auen an. Im Süden befinden sich angrenzend bereits Siedlungsflächen.

In nahem und weiterem Abstand befinden sich Waldflächen und Gehölzreihen an Wegen und Bächen.

3 https://de.weatherspark.com/y/57391/Durchschnittswetter-in-Oberweiler-Tiefenbach-Rheinland-Pfalz-Deutschland-das-ganze-Jahr-%C3%BCber#google_vignette, zuletzt aufgerufen 31.07.2024

Naturbezogene Erholung

Die Erholungsfunktion für den Menschen im Geltungsbereich und des Umfeldes erstreckt sich u. a. auf die Nutzung der kleinen Wirtschaftswege auf unterschiedliche Art und Weise. Die Wege werden durch Reiter, Spaziergänger, Wanderer, Läufer und Nordic-Walker genutzt. Zudem können die Wege von Radfahrern und Mountainbikern befahren werden. Jede dieser Nutzergruppen nimmt die Umgebung unterschiedlich wahr. Diese Wahrnehmung ist weiter abhängig von der jeweiligen Geschwindigkeit, der zu bewältigenden Topografie (Steilheit), der Wegebeschaffenheit, dem Bewuchs im Umfeld und dem jeweiligen Empfinden des Individuums (Temperatur, Wind, Niederschlag usw.).

Nordwestlich entlang des geplanten Baugebietes führt ein Weg vorbei, welcher bereits aktuell von Fußgängern und Radfahrern genutzt wird. Der Weg bleibt weiterhin erhalten und kann zukünftig auch von den Bewohnern des neuen Baugebietes genutzt werden.

2.2.9 Schutzgut kulturelles Erbe

Unter dem Schutzgut kulturelles Erbe sind Kultur- und sonstige Sachgüter zu verstehen, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung, architektonisch wertvolle Bauten oder archäologische Schätze darstellen.

Nach bisherigem Kenntnisstand sind im Geltungsbereich keine Kultur- und Sachgüter vorhanden und somit auch nicht betroffen.

Sollten archäologische Funde getätigt werden, so ist die Generaldirektion Kulturelles Erbe umgehend zu informieren.

2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Im Sinne des Vermeidungsgebotes und zum sorgsamen Umgang mit Grund und Boden sind mögliche Alternativen zu ermitteln.

Für die Standortfindung sind unterschiedliche Kriterien heranzuziehen. Hierzu zählen Standortkriterien, welche nach Umweltaspekten, wie sensible Schutzgebiete, aber auch aus technischen und unternehmerischen Aspekten berücksichtigt werden müssen. Vor allem sind Baulücken und Leerstände im Siedlungsbestand zu berücksichtigen.

Standortalternativen

Die Flächenreserven in den Ortsteilen Oberweiler und Tiefenbach sind aktuell nicht möglich zu erschließen, da es hier keine bestehenden Zugriffsrechte der Gemeinde gibt bzw. vorgebrachten Grundstücke entweder zu steil oder zu klein für eine Bebauung sind. Die zuständige Verbandsgemeinde hat darüber hinaus im November 2022 die Daten aktualisiert, aufgrund der vorgenannten örtlichen Gegebenheiten.

Aktuell wird der Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein neu aufgestellt, und im Rahmen dieser Neuaufstellung werden zeitnah die neuen Flächen der jetzigen Planung mit in den Flächennutzungsplan integriert und sämtliche Darstellungen aktualisiert. Durch die Aktualisierung

in Raum+ bestehen die Flächenreserven von 1,84 ha in der gesamten Ortsgemeinde nicht mehr.

Um dem leichten Bevölkerungsrückgang in der Ortsgemeinde zu begegnen und um vor allem jüngeren Bauwilligen Flächen zur Verfügung zu stellen, können nur neue Flächen ausgewiesen werden. Die Gründe sind oben dargestellt (u. a. Flächenverfügbarkeiten). Aktuell bestehen zudem fünf Anfragen nach Bauplätzen in der Ortsgemeinde, welche bei der Gemeinde angefragt und hinterlegt wurden.

Aufgrund dieser Sachlage wurde der Bereich nordöstlich der Ortsgemeinde als Geltungsbereich ausgewählt.

Ausführungsalternativen am gleichen Ort

Gemäß des BNatSchG sind im Zuge des Vermeidungsgebotes Ausführungsalternativen am gleichen Ort zu prüfen. Ein schonender Umgang mit Boden und anfallendem Niederschlagswasser ist durch die vorgeschlagenen Maßnahmen soweit wie möglich realisiert. Durch die Bepflanzungsmaßnahmen wird eine Integration des Baugebietes in die Landschaft erreicht und der Eingriff in das Landschaftsbild minimiert.

2.4 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung

2.4.1 Darstellung des Eingriffes bei Durchführung der Planung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine bauliche Nutzung als Allgemeines Wohngebiet geplant. Die Bebauung des künftigen Allgemeinen Wohngebietes führt zu Veränderungen des Bestandes. Hierdurch sind folgende Beeinträchtigungen von Boden, Natur und Landschaft im Geltungsbereich zu erwarten:

2.4.1.1 Baubedingte Eingriffe

- Beseitigung von Vegetationsbeständen (Acker- und Wiesenflächen)
- Abschieben von Oberboden
- Lagern von Baumaterial außerhalb von Baustellen
- Anlage von Baubetriebswegen
- Lärm- und Erschütterung von Baufahrzeugen auf Zufahrtswegen und innerhalb des Baugebietes im Rahmen der Bauphase

Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung

Im Zuge des Planvorhabens kann es zu entsprechenden anfallenden Bodenüberschüssen kommen. Die anfallenden Bodenmassen sind entsprechend den LAGA-Bestimmungen zu beseitigen. Auch weitere anfallende Abfälle im Zuge der Baumaßnahme sind ordnungsgemäß zu entfernen.

2.4.1.2 Anlagenbedingte Eingriffe

- Flächenentzug und Versiegelung durch Straßenflächen und Zufahrt
- Flächenentzug und Bodenversiegelung durch Gebäude
- Flächenentzug und Teilversiegelung durch Parkplatzflächen, Gehwege und die Spielplatznutzung
- Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes

Die Erschließung und Bebauung des Baugebietes können zu folgenden Flächenbeanspruchungen führen:

- Gebäude/Einfahrten/Wege: 1.562 m²
- Überformte Gärten: 2.342 m²
- Straße: 589 m²
- Öffentl. Grünflächen: 1.177 m²

2.4.1.3 Betriebsbedingte Eingriffe

- geringfügig steigende Lärmbelastungen im Geltungsbereich sowie in den angrenzenden Straßen
- Anstieg des Trinkwasserverbrauches
- Möglicher Anstieg von Emissionen durch Fahrzeuge und Hausbrand

Insgesamt betrifft der Eingriff keine ökologisch hochwertigen Strukturen, da es sich um intensiv genutzte Ackerflächen handelt. Ökologisch besonders sensible Bereiche sind nicht betroffen.

Es handelt sich bei der Planung um keine raumbedeutsame Planung gemäß § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG). Im Umfeld von 5 km befindet sich keine Nutzung, welche der Störfallverordnung unterliegt und nach dem NACE-Code[4] beschrieben und gelistet bzw. überwachungspflichtig[5] ist.

Ein Konflikt mit § 50 Abs. 1 BImSchG ist nach aktuellem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

Für die verschiedenen Kompartimente des Naturhaushaltes ergeben sich daraus die folgenden Auswirkungen (flächenhafte Bilanzierung des Eingriffes in Anhang 2.1 und 2.1).

2.4.1.4 Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche

Durch das Planvorhaben kommt es zu einer teilweisen Umnutzung der Flächen im Geltungsbereich. Des Weiteren erfolgt eine Eingrünung des Geltungsbereiches in den Randbereichen.

Es kommt zu einer Flächenversiegelung durch das geplante Wohngebiet von ca. 1.562 m². Hier wurde bereits das Maß der baulichen Nutzung (GRZ und Nebenanlagen) mitberücksichtigt. Ebenso entstehen Flächenversiegelungen durch Verkehrsflächen in Höhe von 589 m².

Die entstehenden Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche werden entsprechend durch Kompensationsmaßnahmen (siehe Kap. 2.5) vollständig kompensiert.

2.4.1.5 Auswirkungen auf das Schutzgut Boden

Nach derzeitigen Erkenntnissen gibt es für den Geltungsbereich keine Hinweise auf:

- Altstandorte oder Altablagerungen
- Rohstoffvorkommen oder -abbau

---

[4] Die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (EU), eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Statistical_classification_of_economic_activities_in_the_European_Community_(NACE)/de, zuletzt aufgerufen 31.07.2024

[5] Überwachungsplan Rheinland-Pfalz zur Umsetzung eines Überwachungsprogramms für Betriebsbereiche nach der Störfall-Verordnung in Rheinland-Pfalz durch die Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd sowie das Landesamt für Geologie und Bergbau - Stand 04.2022, https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Umweltschutz/Industrieanlagen/Ueberwachungsplan_Stoerfallanlagen_2020.pdf, zuletzt aufgerufen 31.07.2024

- das Vorhandensein von Bodendenkmälern o. ä.

Baustelleneinrichtung
- Dauerhaftes Abtragen/Abschieben von Oberboden (Aufschüttungsflächen), Bodenverdichtung
- Dauerhafte Bodenverdichtung
- Temporäre Flächenbelegung, Lagern von Baumaterial innerhalb des Baugebietes und gegebenenfalls außerhalb angrenzend
- Licht- und Lärmemissionen durch den Fahrbetrieb und Personal.

Die Erschließung und die Bebauung haben vor allem einen Bodenabtrag, Umlagerungen, Verdichtung sowie Bodenversiegelung zur Folge. Die negativen Auswirkungen sind:

Beeinträchtigung der Bodenfunktionen durch die Trennung von der Atmosphäre infolge von Versiegelung/Überbauung.

Im jetzigen Zustand ist der natürliche Bodenaufbau bereits durch die intensive Nutzung anthropogen überformt.

Bodenabtrag bedeutet außerdem, dass dieser häufig unter ökologisch problematischen Bedingungen andernorts abgelagert werden muss. Zudem besteht, insbesondere während der Bauphase, die Gefahr der Kontamination der Böden durch Schadstoffe.

Durch die Flächenversiegelung geht belebter Boden auf Dauer verloren, der für den Naturhaushalt in seinen Funktionen nicht wieder herstellbar ist.

2.4.1.6 Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser

Infolge der Überbauung und der Versiegelungen ergeben sich für die Wasserpotenziale folgende negative Auswirkungen:

- Minimierung der Grundwasserneubildungsrate
- Anstieg des oberirdischen Wasserabflusses
- Verlust von Versickerungsfläche

Das Baugebiet liegt an einem mäßig bis steilen Hang, welcher aktuell mit Viehweiden bzw. Feldern bestanden ist.

Die Bildung von Hochwasser bzw. die Beeinträchtigung durch dieses ist hier auszuschließen. Das Bachbett der Lauter liegt mehrere Meter unterhalb des Baugebietes und hat ein großflächiges Bachbett, wodurch sich das Hochwasser verteilen kann.

Urbane Sturzfluten können durch Starkregenereignisse im Geltungsbereich oder im Umland entstehen. Die möglicherweise entstehenden Gewässerströme müssen am Rand des Gebietes abgeleitet werden. Nach der aktuellen Prognosekarte zum Entstehungsgebiet von Starkregenabflüssen kann mit einem Entstehungsgebiet von 2 500 m² bis 5 000 m² im Nordosten des Gebietes hin zum Talgrund gerechnet werden. Hier kann es potenziell zu gesammelten Abflüssen am östlichen Rand des Plan-

gebietes bei Starkregeereignissen kommen. Als Basis dienen die Karten des Landesamtes für Umwelt Rheinland-Pfalz aus dem Hochwasserinfopaket (Karte 5) mit Stand zum 20.01.2020

Ein Entwässerungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Erschließung im Westen entlang des Radweges ein Zwischenspeicher angelegt wird. Dieser speichert Niederschläge und leitet diese gedrosselt/ zeitverzögert über eine Rohrleitung in die Lauter ab. Sollte der Zwischenspeicher überbelastet werden, wird das überschüssige Wasser direkt in die Lauter als Notüberlauf abgeleitet. Die Planung erfolgt in Absprache mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Kreises Kusel.

Siehe auch beiliegendes Entwässerungskonzept der igr GmbH.

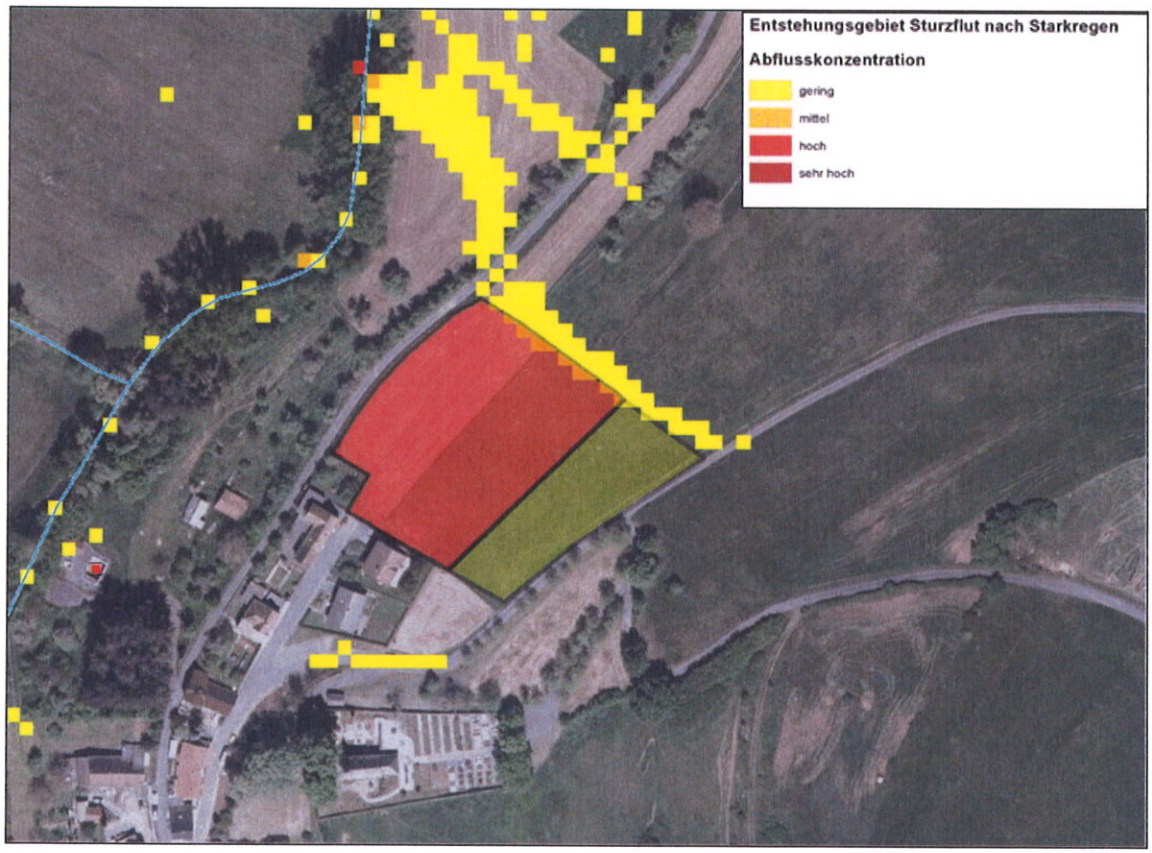


Abbildung 12 Starkregenentstehungsgebiet

2.4.1.7 Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt können auf unterschiedliche Weise eintreten. Hier ist der Baubetrieb als auch die spätere Flächennutzung selbst zu nennen. Durch den Bau können Nachteile als auch Vorteile für einzelne Arten entstehen.

- Inanspruchnahme von Biotopen, die als Teillebensraum für ubiquitäre Tier- und Pflanzenarten dienen (ökologisch hochwertige Biotope sind nicht betroffen)
- Abwanderung der Tierarten auf angrenzende Flächen

Durch das geplante Bauvorhaben bleibt der bestehende Erhaltungszustand der vorkommenden Arten

gewahrt.

Weiter werden positive Folgen für Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt durch die Maßnahmen erzielt. Durch die Eingrünung des künftigen Wohngebietes und Aufwertung privaten Flächen. Weiter stellen auch die externen Ausgleichsflächen eine Aufwertung dar, welche dem Schutzgut zuträglich ist.

2.4.1.8 Auswirkungen auf das Schutzgut Luft, Klima, Klimawandel

Auswirkungen der Anlage auf das Schutzgut Luft, Klima, Klimawandel

Die Überplanung des Gebietes führt baubedingt kurzfristig zu vermehrten Emissionen und Lärmbelastungen während der Bauphase. Langfristig ist mit Emissionen über den Hausbrand zu rechnen, Flächenversiegelung und Vegetationsabnahme. Die geländeklimatischen Funktionen des Gebietes werden dadurch wie folgt negativ beeinträchtigt:

- geringfügige Zunahme der Emissionen während der Bauphase
- langfristige Senkung der Verdunstungsrate
- partielle Senkung der Versickerungsrate

Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels

Durch den Klimawandel kommt es vermehrt zu Hitzeperioden, Gewittern mit Starkregen und Hagel. Durch die geplante Entwässerung des Gebietes und die bestehende leichte Topografie ist nicht davon auszugehen, dass es zu Flutereignissen infolge von Starkregen kommt, welche Menschen und Immobilien schaden. Hagel und Hitzefolgen können durch angepasste Bauweisen und ausreichende Begrünung der Grundstücke und der Grünpflege abgemildert werden.

Final ergeben sich negative Auswirkungen auf das Schutzgut Luft, Klima, Klimawandel, welche aber nicht in einem kritischen Maß zu erwarten sind.

2.4.1.9 Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Im Umfeld von 5 km befindet sich keine Nutzung, welche der Störfallverordnung unterliegt und nach dem NACE-Code[6] beschrieben und gelistet bzw. überwachungspflichtig[7] ist. Durch das geplante Vorhaben sind daher keine erhöhten Risiken durch Unfälle und Katastrophen von Störfallbetrieben zu erwarten, welche auf die nachbarliche Bestandsbebauung oder den Geltungsbereich einwirken könn-

---

6 Die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (EU), eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Statistical_classification_of_economic_activities_in_the_European_Community_(NACE)/de, zuletzt aufgerufen 14.11.2023

7 Überwachungsplan Rheinland-Pfalz zur Umsetzung eines Überwachungsprogramms für Betriebsbereiche nach der Störfall-Verordnung in Rheinland-Pfalz durch die Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd sowie das Landesamt für Geologie und Bergbau - Stand 04.2022, https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Umweltschutz/Industrieanlagen/Ueberwachungsplan_Stoerfallanlagen_2020.pdf, zuletzt aufgerufen 14.11.2023

ten.

Generell ist während der Bauphase mit erhöhten Lärm- und Staubemissionen zu rechnen, insbesondere durch das Verkehrsaufkommen durch an- und abfahrende Baufahrzeuge sowie durch den Lieferverkehr der Baumaterialien.

Durch das Baugebiet werden landwirtschaftliche Nutzflächen einer Bebauung zugeführt und somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Die Flächen werden aktuell landwirtschaftlich genutzt und stehen nach der Umsetzung des Bebauungsplanes nicht mehr zu Verfügung. Bei den Parzellen handelt es sich um kleinere Einheiten. Eine entsprechende Vorabstimmung mit den betroffenen Landwirten fand im Vorfeld statt.

Das Ertragspotenzial, Feldkapazität und Ackerzahl wird laut des Landesamtes für Geologie und Bergbau (https://mapclient.lgb-rlp.de/?app=lgb&view_id=17, letzter Aufruf 17.11.2020) als "mittel" bis "gering" eingestuft.

Durch die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen können temporär Beeinträchtigungen durch die typische Nutzung (Beweidung und/oder Felderwirtschaft) durch Lärm oder Staub entstehen. Es wird empfohlen, die Grundstücke zu den Außengebieten einzugrünen, um die Beeinträchtigung zu minimieren.

- leicht erhöhtes Verkehrsaufkommen und steigende Lärmbelastung
- mögliche geringe Lärmemissionen seitens der benachbarten landwirtschaftlichen Flächen

2.4.1.10 Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Durch die Erschließung und die Bebauung wird das Landschaftsbild verändert:

- Erweiterung von bebautem Gebiet
- Bebauung einer offenen Wiesenfläche.

Der Geltungsbereich befindet am Siedlungsrand. Von hier besteht aktuell über die Wendeanlage ein freier Blick in Richtung der Wiesen und Wälder. Durch die Planung und Umsetzung wird der Siedlungsrand verschoben. Ein uneingeschränkter Blick Richtung Offenland ist hiernach nicht mehr möglich, da die Bebauung den neuen Wendeplatz umschließt.

Es ergeben sich keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft. Durch die empfohlene Eingrünung des geplanten Baugebietes kann eine Integration in das Landschaftsbild langfristig erfolgen.

- Erweiterung des Siedlungsgebietes

2.4.1.11 Auswirkungen auf das Schutzgut kulturelles Erbe

Im Geltungsbereich befinden sich keine bekannten kulturellen Schutzgüter.

Der Aspekt möglicher bisher unentdeckter archäologischer Funde ist bei den weiteren Erdarbeiten zu berücksichtigen. Sobald weitere archäologische Funde lokalisiert werden, ist die entsprechende Behörde zu informieren.

2.4.1.12 Wechselwirkungen

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die aus methodischen Gründen auf Teilsegmente des Naturhaushaltes, die sogenannten Schutzgüter bezogenen Auswirkungen, betreffen also ein stark vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Im Geltungsbereich führt die Bebauung mit einer Wohnsiedlung und Verkehrsflächen auf einer Grünlandfläche zu einer teilweisen Beeinträchtigung des Naturhaushaltes. Offenlandbereiche werden versiegelt, was zu einer Verringerung der Versickerungs- und Verdunstungsrate führt. Daraus resultieren eine örtliche verringerte Grundwasserneubildung und geringere Verdunstungsraten.

Im kleinen Rahmen werden Nahrungshabitate für Kleintiere entnommen. Zudem führen die geringere naturnahe Freifläche und hohe Versiegelungsrate zu einer Temperaturerhöhung.

2.4.2 Kumulierung von Vorhaben

Eine Kumulationswirkung mit anderen im Umfeld vorhandenen und geplanten Vorhaben ist in geringem Maße vorhanden. Dies ist durch die bestehende Siedlung der Fall.

2.4.2.1 Zusammenfassung der Erheblichkeit der verbleibenden Eingriffe

Tabelle 1 Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

Schutzgut	Umweltauswirkungen	Erheblichkeit
Fläche	Gesamtfläche 0,57 ha	°
Boden	Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung und Verdichtung	°°
Wasser	Minimierung der Grundwasserneubildungsrate Anstieg des oberirdischen Wasserabflusses	°°
Tiere und Pflanzen	Inanspruchnahme von Flächen mit Entwicklungsmöglichkeiten für Arten- und Lebensgemeinschaften	°°
Luft, Klima/Klimawandel	Verlust von kleinklimatischer Ausgleichsfläche Verlust von sauerstoffproduzierenden Gewächsen	°
Mensch und menschliche Gesundheit	erhöhte Lärm- und Staubemissionen erhöhtes Verkehrsaufkommen	°
Landschaft	Veränderung des Siedlungsabschlusses Vergrößerung des Siedlungsgebietes	°°
Kulturelles Erbe und Sachgüter	Berücksichtigung potenzieller archäologischer Funde	°

Schutzgut	Umweltauswirkungen	Erheblichkeit
Wechselwirkungen	Geringfügige Versiegelung von Boden Verlust der Bodenfunktionen Verlust der Funktionen des Wasser- und Klimahaushaltes Verlust von Lebensraum	°

°°° sehr erheblich/ °° erheblich/ ° weniger erheblich/ - nicht erheblich

2.4.3 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Ohne die im Bebauungsplan dargestellte Ausweisung eines Wohngebietes würde die bestehende Nutzung (weitere Düngung, Nährstoffeintrag) voraussichtlich weiter fortgeführt werden. Es käme dann jedoch auch nicht zu den beschriebenen Eingriffen in die verschiedenen Schutzgüter.

Des Weiteren könnte ohne die geplante Ausweisung des Baugebietes der Bedarf an Baugrundstücken in der Gemeinde nicht gedeckt werden. Die Gemeinde hätte keine Entwicklungsmöglichkeiten.

Ohne das Baugebiet käme es aber auch nicht zur Bepflanzung des Gebietes mit standortgerechten, heimischen Gehölzen und damit zur Neugestaltung des nordöstlichen Siedlungsgebietes. Auch käme es nicht zur Entwicklung der ökologisch hochwertigen Wiesenflächen durch die Externen Maßnahmen.

2.5 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Die nachfolgend aufgeführten landespflegerischen Maßnahmen sind als Kompensationsmaßnahmen zur Minderung und zum Ausgleich der Intensität der Eingriffe und zur gestalterischen Aufwertung der geplanten Baumaßnahme zu verstehen.

2.5.1 Landespflegerische Maßnahmen im Geltungsbereich

2.5.1.1 M1 Schutz des Bodens

Die im Zuge der Baumaßnahme entstehenden Verdichtungen des anstehenden Bodens sind nach Abschluss der Arbeiten zu beseitigen.

Der Oberbodenabtrag ist auf das technisch absolut erforderliche Maß zu reduzieren. Bei der Abfuhr von Aushubmaterialien während der Bauphase sind die LAGA-Bestimmungen zu beachten.

Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in das Schutzgut Boden und der Vorsorge des Schutzgutes Mensch und menschliche Gesundheit.

2.5.1.2 M2 Verwendung versickerungsfähiger Materialien

Bei der Befestigung von interner Erschließung/Verkehrsflächen und Stellplätzen/Parkflächen sind nur versickerungsfähige Beläge (z. B. Drainpflaster, breitfugig verlegtes Pflaster, wassergebundene De-

cke, Hydroflor-Pflaster, Betongrasplatten) zu verwenden (§ 9 Abs. 4 und 11 BauGB i. V. m. LBauO). So werden insbesondere negative Einflüsse auf das Wasserpotenzial gemindert und das Wasser kann teilweise vor Ort versickern.

Der Eintrag von schädlichen stofflichen Einträgen in das Erdreich ist dabei zwingend zu vermeiden.
Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in die Schutzgüter Boden, Wasser und Luft, Klima/Klimawandel.

2.5.1.3 M3 Bepflanzung der privaten Grünflächen

Die Privatgrundstücke sollten mit mindestens mit je einem Baum der Artenliste A/B zu bepflanzen.

Des Weiteren sollten mindestens 5 % der Grundstücksfläche mit Sträuchern zu bepflanzen. Bei der Auswahl der Sträucher ist ein Anteil von mindestens 50 % der Artenliste D zu entnehmen.

Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in die Grünflächen, fördert die Sauerstoffbildung, die Speicherung von Niederschlagswasser und der optischen Aufwertung der Siedlungsflächen.

2.5.2 Maßnahmen zum Artenschutz

Die Durchführung der folgenden Maßnahmen zur Vermeidung soll erhebliche Beeinträchtigungen von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäischen Vogelarten vermeiden. Die darauffolgende Ermittlung der Verbotstatbestände erfolgt unter Berücksichtigung der nachfolgend genannten Maßnahmen.

2.5.2.1 AS 1 Zeitliche Beschränkung der Baufeldfreimachung in der offenen Feldflur

(u. a. zur Einhaltung von § 24 LNatSchG)

Freimachen des Baufeldes in der offenen Feldflur außerhalb der Brutzeit von Feld- und Wiesenbrütern zwischen September und April. Eine zeitliche Abweichung ist möglich, wenn die Fläche vor dem Beginn der Baumaßnahme durch einen Experten/ Ökologische Baubegleitung (ÖBB) überprüft wird.

2.5.2.2 AS 2 Schaffung von Ersatzquartieren für Fledermäuse

(vorgezogene Vermeidungsmaßnahme nach Vorsorgeprinzip)

(aufgrund von gestörten Habitaten im Umfeld)

Hinweise auf konkrete Quartiere in den an den Geltungsbereich angrenzenden Gehölzen liegen nicht vor. Die Maßnahme ist als vorgezogene Vermeidungsmaßnahme nach Vorsorgeprinzip durchzuführen.

Aufhängung von zwei Fledermauskästen im weiteren Umfeld der Ortsgemeinde. Die Umsetzung erfolgt durch die Ortsgemeinde.

2.5.2.3 AS 3 Anbringen von Nisthilfen für Gehölzbrüter

(vorgezogene Vermeidungsmaßnahme nach Vorsorgeprinzip)

(aufgrund von gestörten Habitaten im Umfeld)

Hinweise auf konkrete Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den an den Geltungsbereich angrenzenden Gehölzen liegen nicht vor. Die Maßnahme ist als vorgezogene Vermeidungsmaßnahme nach Vorsorgeprinzip durchzuführen.

Aufhängung von zwei Nistkästen im weiteren Umfeld der Ortsgemeinde. Die Umsetzung erfolgt durch die Ortsgemeinde.

2.6 Landespflegerische Maßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches

Entwicklung Externer Maßnahmen zum Ausgleich der Nutzung von Flächen nach § 15 LNatSchG
Zielzustand: Glatthaferwiese/Magerweidenbiotop

2.6.1 Externe Maßnahme 1 ("Bürgerhaus"):

Flurstücke: 732/1, 734, 736, 737, 738/1, 740

Geplanter Umbau der Bestandflächen:

- Entsiegelung
- Auflockerung der verdichteten Bereiche
- Entsorgung von gelagertem Material
- Ansaat Regiosaatgut Mischung 9 - Oberrheingraben mit Saarpfälzer Bergland, Feuchtwiese, 3 g/m² bis 5 g/m² (70 % Gräser, 30 % Kräuter)
- Entwicklung einer extensiven Fettwiese/Glatthaferwiese (gemäß §15 LNatSchG)
  - 1. Jahr: Mahd und Mulchen, um Ackerwildkräuter zu reduzieren
  - 2. Jahr: einschürige Mahd und gegebenenfalls einmalige Beweidung
  - Ab dem 3. Jahr: gegebenenfalls zweischürige Mahd (erste Mahd ab 15.06.)
  - keine Düngung, kein Umbruch, kein Pestizideinsatz

2.6.2 Externe Maßnahme 2 ("L 384"):

Flurstücke: 787 (teilweise), 1323/2, 1324/2, 1324/3, 1324/6

Geplanter Umbau der Bestandsflächen:

- Entwicklung einer "mageren Flachland-Mähwiese" im durchschnittlichen Erhaltungszustand (gemäß §15 LNatSchG)
- Entwicklungsphase zwei bis drei Jahre, Erhaltungsphase ab 3. Jahr
- Entwicklungsphase:
  - Ansaat Regiosaatgut Mischung 9 - Oberrheingraben mit Saarpfälzer Bergland, Magerrasen, 3 g/m² bis 5 g/m² (70 % Gräser, 30 % Kräuter)
  - 1. Schnitt ab 15.06. (ca. zu Beginn der Blüte der bestandsbildenden Gräser)
  - Einhaltung einer Ruhepause von sechs bis acht Wochen zwischen 1. und 2. Schnitt

- Erhaltungsphase:
  - zweischürige Mahd, Anforderungen siehe oben
  - keine Düngung, kein Umbruch, kein Pestizideinsatz

2.6.3 Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

In Anlehnung an die Landeskompensationsverordnung (LKompVO-RLP) wurden die Bestände und die Zielzustände der Flächen des Baugebietes als auch der Externen Maßnahmen mittels Biotopwertpunkten (WP) bilanziert.

Bestand Baugebiet:	110.594 WP
Zielzustand Baugebiet:	31.647 WP
WP Baugebiet gesamt:	**-78.947 WP**

Bestand E1 („Bürgerhaus"):	49.488 WP
Bestand E2 („L 384"):	32.409 WP
Zielzustand E1 („Bürgerhaus"):	117.534 WP
Zielzustand E2 („L 384"):	47.367 WP
WP Zielzustand gesamt:	**83.004 WP**

Somit ergibt sich ein **Wertpunkteüberschuss von 4.057 WP**. Somit wird der Eingriff Bilanziell ausgeglichen.

Die Tabellen zur Berechnung können dem Anhang entnommen werden.

Wirkungen der Maßnahmen auf die Schutzgüter

2.6.3.1 Schutzgut Fläche

Durch die Maßnahmen M1 bis M3 und E1/E2 wird der Eingriff in das Schutzgut Fläche vollständig kompensiert.

2.6.3.2 Schutzgut Boden

Die Erschließung und die Errichtung der Verkehrsflächen und Gebäude haben einen Bodenabtrag, Umlagerungen, Verdichtung sowie Bodenversiegelung zur Folge. Durch das geplante Vorhaben erfolgt eine Abwertung der vorhandenen Grünflächen, in dem die vorhandenen Grünflächen überformt werden.

Im jetzigen Zustand ist der natürliche Bodenaufbau nicht anthropogen überformt.

Insgesamt entsteht durch das Vorhaben eine Verschlechterung der Bodenstruktur, durch großflächige Versiegelungen und Überformungen.

2.6.3.3 Schutzgut Wasser

Infolge des Vorhabens werden Böden voll und teilversiegelt. Dadurch erhöht sich der Oberflächenabfluss von Niederschlagswasser. Dadurch kann das Wasser nicht in die natürliche Bodenzone versickern und Grundwasser neubilden bzw. in Teilen verdunsten und somit zur Luftfeuchte beitragen.

- geringer lokaler Anstieg des oberirdischen Wasserabflusses, infolge von Verkehrsflächen, Gebäuden und Einfahrten

Es entstehen nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser. Eine nachteilige Entwicklung der benachbarten Lauter und des Grundwassers ist nicht zu erwarten.

Durch die Versickerung des Niederschlagwassers auf den Grünflächen im Geltungsbereich wird die Verdunstung und Grundwasserbildung gefördert.

2.6.3.4 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Der Geltungsbereich weist eine eingeschränkte Wertigkeit bezüglich des Schutzgutes Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt auf.

Bis auf vereinzelte kleine Gehölze in den Randbereichen befinden sich keine hochwertigen Gehölze im Geltungsbereich, welche eigenständig oder für Tiere als Lebensraum dienen können (z. B. Brutvögel oder Fledermäuse). Im Umfeld befinden sich teilweise alte Obstbaumbestände. In diesen konnten keine Nester oder Baumhöhlen festgestellt werden, was auf eine dauerhafte Besiedelung mit Gehölzbrütern oder Fledermäusen deuten ließe.

Die Fläche ist vollständig als intensiv genutzte Weide- und Wiesenfläche in der Nutzung. Hier konnten

keine geschützten Arten, wie z. B. der Feldhamster, Haselmaus oder Eidechsen, gefunden werden. Für Kleintiere fallen aber Nahrungshabitate weg, da die Flächen überbaut werden könnten.

Vorhaben-, bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen auf das Schutzgut sind nicht zu erwarten. Im Umfeld bestehen gleich- oder höherwertige Habitate, vor allem westlich im Bereich der Lauter und nordöstlich an den Waldrändern.

2.6.3.5 Schutzgut Luft, Klima/Klimawandel

Die Überplanung des Gebietes führt baubedingt kurzfristig zu vermehrten Emissionen und Lärmbelastungen während der Bauphase. Langfristig ist mit Emissionen über den Hausbrand zu rechnen, Flächenversiegelung und Vegetationsabnahme. Die geländeklimatischen Funktionen des Gebietes werden dadurch wie folgt negativ beeinträchtigt:

- geringfügige Zunahme der Emissionen während der Bauphase
- langfristige Senkung der Verdunstungsrate
- partielle Senkung der Versickerungsrate

Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels

Insgesamt ergeben sich keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Luft, Klima/Klimawandel. Es kommt aber bei voller Bebauung des Gebietes zu langfristigen negativen Auswirkungen.

2.6.3.6 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Während der Bauphase ist mit erhöhten Lärm- und Staubemissionen zu rechnen, insbesondere durch das Verkehrsaufkommen durch an- und abfahrende Baufahrzeuge sowie durch den Lieferverkehr der Baumaterialien. Durch das geplante Vorhaben sind keine erhöhten Risiken durch Unfälle und Katastrophen von Störfallbetrieben zu erwarten, da diese im Umfeld nicht vorhanden sind. Im Rahmen der Bauphase ist mit einem erhöhten Risiko im Straßenverkehr zu rechnen

- erhöhtes Verkehrsaufkommen und damit Anstieg der Lärm- und Staubbelastung während der Bauphase

für die Zeit nach der Fertigstellung der Gebäude und Verkehrsanlagen ist mit keiner Gefährdung zu rechnen.

2.6.3.7 Schutzgut Landschaft/ naturbezogene Erholung

Durch die Erschließung und die Bebauung wird das Landschaftsbild verändert:

- Erweiterung von bebautem Gebiet
- Bebauung einer offenen Wiesenfläche.

Der Geltungsbereich befindet am Siedlungsrand. Von hier besteht aktuell über die Wendeanlage ein freier Blick in Richtung der Wiesen und Wälder. Durch die Planung und Umsetzung wird der Siedlungsrand verschoben. Ein uneingeschränkter Blick Richtung Offenland ist hiernach nicht mehr mög-

lich, da die Bebauung den neuen Wendeplatz umschließt.

Insgesamt ergeben sich keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft. Durch die empfohlene Eingrünung des geplanten Baugebietes kann eine Integration in das Landschaftsbild langfristig erfolgen.

2.6.3.8 Schutzgut kulturelles Erbe

Nach bisherigem Kenntnisstand sind im Geltungsbereich keine Kultur- und Sachgüter vorhanden und somit auch nicht betroffen. Sollten im Laufe der Bauphase Kultur- und Sachgüter hinsichtlich archäologischer Funde zutage treten, müssen diese entsprechend geschützt und geborgen werden. Es ist umgehend die entsprechende Behörde zu informieren.

Es ergeben sich nach aktuellem Stand keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut kulturelles Erbe.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung

Insgesamt sind keine Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen und der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten.

3.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung

Die in der vorliegenden Planung genannten Eingriffe in Natur und Landschaft, unvorhergesehene - insbesondere - negative Entwicklungen (nach § 4c BauGB), die Ausführung von Kompensationsmaßnahmen auf den Flächen des Geltungsbereiches sowie die externen Kompensationsmaßnahmen werden durch die Gemeinde (nach § 4c BauGB) in intensiver Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutzbehörde kontrolliert.

Die Überprüfung durch Ortsbesichtigungen ist jährlich durch Fachpersonal zu überprüfen und zu dokumentieren. Der Unteren Naturschutzbehörde sind zum Ende jeder Vegetationssaison (spätestens zum 01.03. eines Jahres) entsprechende Berichte vorzulegen.

Wenn die vorgesehene Effizienz der Kompensationsmaßnahmen nach Ablauf von drei Jahren nicht erreicht wird, ist eine Nachsteuerung erforderlich. Zusätzlich verlängert sich die Überwachung um weitere zwei Jahre.

3.3 Verfahrensablauf

Der Bebauungsplan wird/wurde öffentlich ausgelegt, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, zur vorgelegten Planung eine Stellungnahme abzugeben. Gleichzeitig wurden alle Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange angeschrieben, mit der Bitte, ebenfalls entsprechende Anregungen und Hinweise zum Entwurf des Bebauungsplanes vorzulegen.

Die Unterlagen konnten in den Räumlichkeiten und im Online-Auftritt der Gemeinde eingesehen werden.

Ablauf des Verfahrens

Bebauungsplanverfahren „Kirchenstraße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13b BauGB - Förmliche Einleitung bis zum 31.12.2019 - Satzungsbeschluss bis zum 31.12.2021	
Planaufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	31.10.2019
Bekanntmachung Planaufstellungsbeschluss Amtsblatt (§ 2 Abs. 1 BauGB)	06.12.2019
Beschluss OG-Rat Annahme Planentwurf öffentliche Auslegung	22.10.2020
Bekanntmachung Öffentliche Auslegung Amtsblatt (§ 3 Abs. 2 BauGB)	05.02.2021
Öffentliche Auslegung Planentwurf (§ 3 Abs. 2 BauGB)	15.02.2021 - 15.03.2021
Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	mit Schreiben vom: 10.02.2021
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	mit Schreiben vom: 09.02.2021
Beschlussfassung über die Stellungnahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB gem. § 4 Abs. 2 BauGB	13.01.2022
Änderung bzw. Neufassung des § 13b BauGB vom 10.09.2021 - Förmliche Einleitung des Verfahrens bis zum 31.12.2022, Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB bis zum 31.12.2024	
Aufhebung Planaufstellungsbeschluss vom 31.10.2019	13.01.2022
Planaufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	13.01.2022
Bekanntmachung Planaufstellungsbeschluss Amtsblatt (§ 2 Abs. 1 BauGB)	18.02.2022
Beschluss OG-Rat Annahme Planentwurf öffentliche Auslegung	13.01.2022
Bekanntmachung Öffentliche Auslegung Amtsblatt (§ 3 Abs. 2 BauGB)	11.03.2022
Öffentliche Auslegung Planentwurf gemäß § 3 Abs. 2 BauGB	21.03.2022 – 25.04.2022
Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	mit Schreiben vom: 16.03.2022
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	16.03.2022
Beschlussfassung über die Stellungnahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss § 10 Abs. 1 BauGB	13.07.2023
Entscheidung Bundesverwaltungsgericht vom 18.07.2023 - § 13b BauGB unzulässig; Aufhebung des § 13b BauGB durch Gesetzgeber zum 01.01.2024; „Reparaturvorschrift“ bzw. Heilungsmöglichkeit gemäß § 215a BauGB - Einstellung des Verfahrens gemäß § 13b BauGB bzw. Fortführung des Verfahrens als Regelverfahren	
Aufhebung Satzungsbeschluss vom 13.07.2023	16.05.2024
Bekanntmachung Aufhebung Verfahren gem. § 13b BauGB und erneute öffentliche Auslegung (Regelverfahren) Amtsblatt (§ 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB) Erneute öffentliche Auslegung Planentwurf (§ 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB)	23.08.2024 23.08.2024 – 25.09.2024
Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB (§ 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB)	mit Schreiben vom: 22.08.2024

Beschlussfassung über die Stellungnahmen der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB gem. § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB	29.10.2024
Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Planfassung „Oktober 2024" mit den planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 88 LBauO und § 24 GemO	29.10.2024

Hinweise und Anregungen zu Umweltbelangen

Die im Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen mit Umweltbelangen werden/wurden berücksichtigt.

4. Quellen

BAUGESETZBUCH/BAUGB (2021): Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist.

BUNDESARTENSCHUTZVERORDNUNG/BARTSCHV (2015): Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten (2013) vom 16.02.2005 (BGBl I S. 258, 896), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21.01.2013 (BGBl. I S.95) geändert worden ist.

BUNDESBODENSCHUTZGESETZ/BBODSCHG (2021): Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.

BUNDESNATURSCHUTZGESETZ/BNATSCHG (2021): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.

UMWELTSCHADENGESETZ/USCHADG (2021): Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666), neugefasst durch Bekanntmachung vom 05.03.2021 I 346.

WASSERHAUSHALTSGESETZ/WHG (2020): Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1408) geändert worden ist.

EU-KOMMISSION (2007): Leitfaden zum strengen Schutzsystem für Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse im Rahmen der FFH-Richtlinie 92/43/EWG; dt. Übersetzung "Guidance document on the strict protection of animal species of community interest provided by the Habitats Directive 92/43/EEC" (endgültige Fassung, Februar 2007).

EU-PARLAMENT UND RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2004): Umwelthaftungsrichtlinie zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden.

IGR GMBH (2020/2021/2024): Biotoptypenkartierung und Geländebegehung

Geoportale Rheinland-Pfalz (2024)
Schutzgebiete Natur: https://geodaten.naturschutz.rlp.de/kartendienste_naturschutz/
Boden: https://mapclient.lgb-rlp.de/
Wasser: https://wasserportal.rlp-umwelt.de/geoexplorer
Radon: https://gda-wasser.rlp-umwelt.de/GDAWasser/client/gisclient/index.html?&applicationId=86183

Zeitschriften
Naturschutz und Landschaftsplanung, Ausgabe 11/2014; https://www.nul-online.de/Europaeischer-Artenschutz-im-Blindflug,QUIEPTQ1NTE0MzMmTUIEPTExMTE.html

Bücher
Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, Südbeck, 2005

5. Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach (Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein) möchte im Rahmen der Wahrnehmung der städtebaulichen Entwicklung einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Entwicklung eines Wohngebietes vornehmen.

Die gesamte Fläche des Geltungsbereiches beträgt 0,57 ha.

Die aktuelle Nutzung der Fläche (**Basisszenario**) erfasst den Umweltzustand des Geltungsbereiches, ohne dass eine Planung vorgenommen worden ist. Gegenwärtig wird die Fläche eine Wiesen- und Weidefläche.

Bei dieser Annahme handelt sich um die Entwicklung des Umweltzustandes bei einer "Nichtdurchführung" der Planung (**Nullvariante**). Wenn hier die aktuelle landwirtschaftliche Bewirtschaftung weitergeführt wird, ist mit einer anhaltenden einfachen Bewirtschaftungsform und Flächenqualität zu rechnen.

Die Entwicklung des Umweltzustandes (**Prognose**) bezieht sich darauf, wie sich der Geltungsbereich bei Durchführung der Planung entwickelt. Hierbei werden insbesondere die Schutzgüter (Mensch, Fläche, Boden, Wasser, Pflanzen und Tiere, Luft/Klima, Landschaft und Kultur) im Bereich der Umwelt betrachtet. Die Planung und anschließende Umsetzung verursacht teilweise Auswirkungen auf die Schutzgüter. Nachfolgend werden die Schutzgüter aufgeführt.

Das Schutzgut Fläche wird weder positiv noch negativ beeinträchtigt. Es erfolgt eine Umnutzung der Fläche.

Beim Schutzgut Boden wird ein Bereich (teil-)versiegelt (Wohngebiet). Die Versiegelung entspricht rund 50,0 % des gesamten Geltungsbereiches. Durch die Versiegelung und die Errichtung der Straßen und Gebäude kann es zu einem geringen Anstieg von lokalem Oberflächenabfluss von Regenwasser kommen. Grundwasser wird hierdurch nicht negativ beeinträchtigt. Der Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird in Teilen beeinträchtigt (Hinweise von Fachbehörden und durch Ortsbegehungen). Hierzu dienen die festgesetzten Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sowie externe Ausgleichsmaßnahmen an einem anderen Ort im Gemeindegebiet.

Das Schutzgut Luft und Klima wird durch die Planung in der Bauphase kurzzeitig beeinträchtigt, da es hier zu Fahrbewegungen von Baufahrzeugen kommt und es gegebenenfalls zur Staubbildung kommen kann. Dasselbe gilt für das Schutzgut Mensch. Hier können in der Bauphase Lärm und Luftverschmutzungen entstehen. Wenn das neue Baugebiet fertig gestellt ist, können der Hausbrand (Heizung) und Fahrzeuge für Emissionen sorgen. Weiter wird durch Straßen und Gebäude der Boden (teil-)versiegelt, wodurch was nichts ortsnah versickern kann bzw. verdunsten kann, wodurch der Atmosphäre Feuchtigkeit genommen wird. Zugleich besteht durch den Klimawandel die Möglichkeit, dass der Geltungsbereich durch Hitzeperioden, Gewitter mit Starkregen und Hagel betroffen sein könnte.

Durch die neue Bebauung wird das Schutzgut Landschaft verändert. Es werden sichtbare Grünflächen überdeckt und neue bauliche Anlagen errichtet. Die ortsnahe Freizeitnutzung wird nicht verschlechtert. Die Anschlüsse der bestehenden landwirtschaftlichen Wege an die neuen Straßen bleiben aber bestehen.

Im Geltungsbereich sind keine Kulturdenkmäler im Boden bekannt. Sollten welche gefunden werden, sind die zuständigen Behörden zu informieren.

Generell bestehen zwischen den verschiedenen Schutzgütern Wechselbeziehungen, welche sich gegenseitig beeinflussen. Hier ist nicht zu erwarten, dass erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hervorgerufen werden.

Für die Umsetzung sind verpflichtende Maßnahmen vorgegeben. Diese haben unterschiedliche Ziele und daher Vorgehensweisen. Es sind Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sowie externe Maßnahmen festgesetzt worden.

Hier werden Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sowie externe Maßnahmen vorgenommen. Im Geltungsbereich werden Vorgaben zur Pflanzung von Obstbäumen, Sträuchern, Rasenflächen und der Anlegung von Gräben zur Entwässerung gemacht. Zusätzlich werden außerhalb des Geltungsbereiches Wiesenflächen zu Magerwiesen umgewandelt.

Der Eingriff in die Natur wurde bilanziell erfasst. Nach Gegenüberstellung des Eingriffes und der Planung sowie Ausgleichsmaßnahmen gibt es für die Planung einen Wertpunkteüberschuss von 4.057 WP.

Diese Maßnahmen sind im Rahmen der Überwachung seitens der Gemeinde zu kontrollieren. Die Überprüfung durch Ortsbesichtigungen ist jährlich durch Fachpersonal zu überprüfen und zu dokumentieren. Der Unteren Naturschutzbehörde sind zum Ende jeder Vegetationssaison (spätestens zum 01.03. eines Jahres) entsprechende Berichte vorzulegen.
Wenn die vorgesehenen Effekte der Maßnahmen nicht erreicht werden, sind weitere Maßnahmen festzulegen.

Anderweitige Planungsmöglichkeiten wurden im Vorfeld geprüft. Diese beziehen sich auf Alternativen im Ort aber auch im Geltungsbereich selbst. Die Gemeinde hat aktuell mehrere Flächen in der Ortschaft, wo Gebäude gebaut werden könnten, allerdings bestehen hier keine Zugriffsrechte oder das Gelände ist nachteilig. Deswegen wird das Gebiet am Ortsrand entwickelt. Durch die Optimierung von Straßen und Grünflächen werden die geringsten Eingriffe verursacht.

Aufgestellt:

IGR GmbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern,
im Oktober 2024

B. Sc./ Ing. Raumplanung
M. Sc. Umweltplanung und Recht C. Hahn



© GeoBasis-DE / LVermGeoRP2024, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de

20.11.2024 D:\Projekte\2020052\20_BUE\03_Potenzialabschätzung Artenschutz\05_Genehmigung\2020052_1_Bestandsplan_G24.dwg

Legende

Biotoptypen vor dem Eingriff

E Grünland

- EA1 Fettwiese, Glatthaferwiese
- ED2 Magerweide

Pflanzennamen/ Abk.

krautige Arten

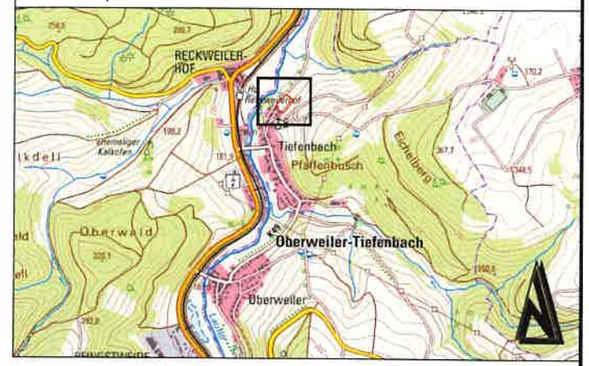
ami	Achillea millefolium	- Schafgarbe
apr	Alopecurus pratensis	- Wiesen-Fuchsschwanzgras
asy	Anthriscus sylvestris	- Wiesenkerbel
bp	Bellis perennis	- Gänseblümchen
cb	Crepis biennis	- Wiesen- Pippau
ceg	Cerastium glomeratum	- Knäuel-Hornkraut
cfv	Cerastium fontanum ssp vulgare	- Gemeines Hornkraut
dg	Dactylis glomerata	- Wiesen-Knäuelgras
gem	Geranium molle	- Weicher Storchschnabel
gmo	Galium mollugo	- Wiesen-Labkraut
hola	Holcus lanatus	- Wolliges Honiggras
hs	Heracleum sphondylium	- Wiesen-Bärenklau
mdi	Myosotis discolor	- Buntes Vergißmeinnicht
ra	Ranunculus acer	- Scharfer Hahnenfuß
ruac	Rumex acetosa	- (Großer) Sauer-Ampfer
ro	Rumex obtusifolius	- Stumpfblättriger Ampfer
sg	Saxifraga granulata	- Knöllchen- Steinbrech
to	Taraxacum sect. Ruderalia	- Wiesen-Löwenzahn
tp	Trifolium pratense	- Roter Wiesenklee
vch	Veronica chamaedrys	- Gamander-Ehrenpreis
vs	Vicia sepium	- Zaun-Wicke
vse	Veronica serpyllifolia	- Quendel-Ehrenpreis

\+ hoher Deckungsgrad (>10-50%)
! sehr hoher Deckungsgrad (>50%)

Sonstige Informationen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Baugebietes
- Kartierung §15 Flächen

Übersichtsplan ohne Maßstab



Änderung	Bearbeitung	Prüfung	Datum

Bauherr / AG
Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach
Kreis Kusel

Projekt Bez.
Bebauungsplan "Kirchenstraße"
in der Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach
hier: Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung

Zeichnung
Bestandsplan

Maßstab 1:500 | Anhang 1

	Vermessung	Bearbeitung	CAD/Grafik	Prüfung
Zeichen		HC	KG	
Datum		Mai 2024	Mai 2024	

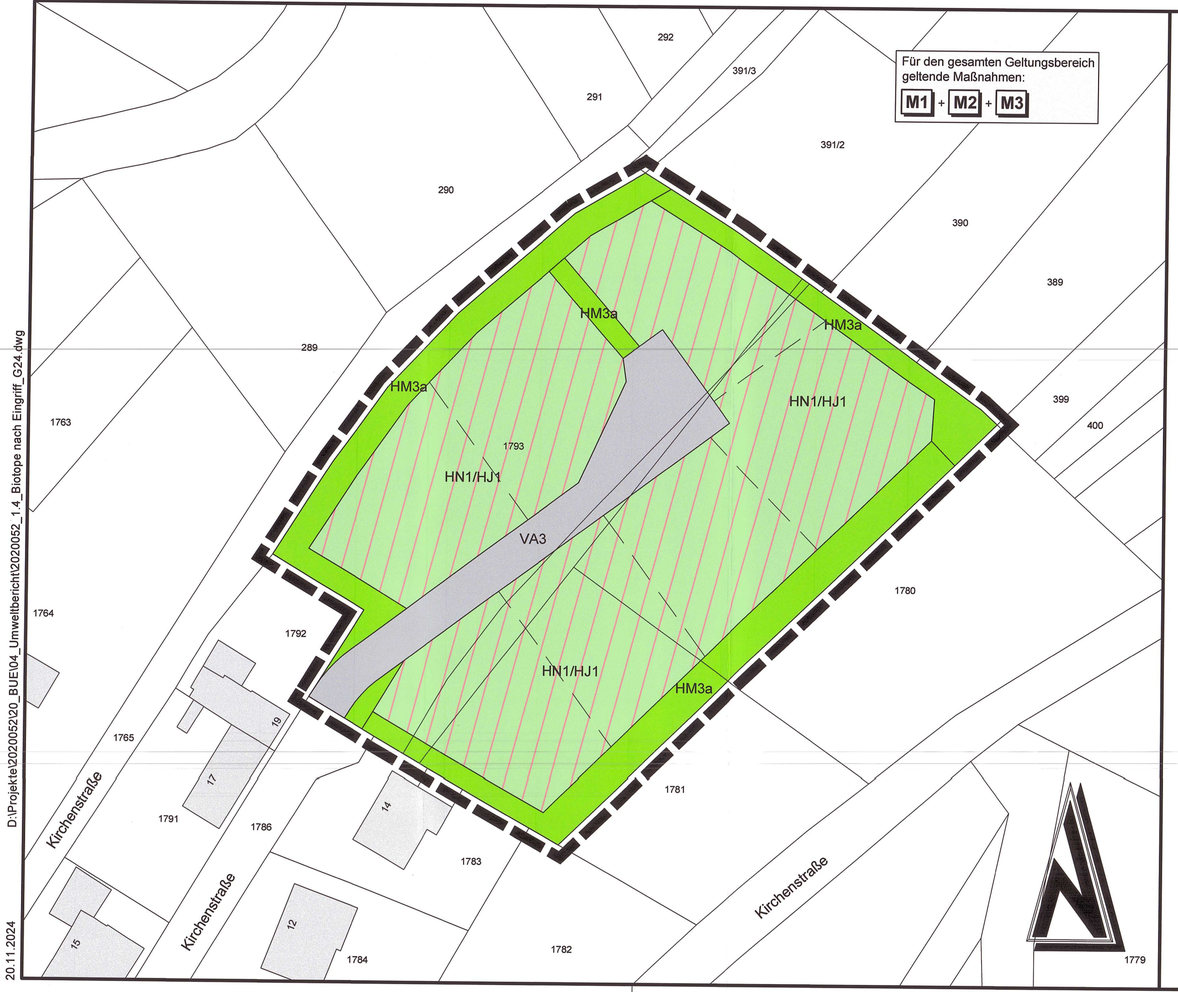
Blattgröße 0.75 / 0.29 | Blatt Nr.

Projekt Nr. 2020052

Bauherr / AG

Entwurfsverfasser

BKW ENGINEERING IGR
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern
Telefon: +49 631 205 910-0
E-Mail: info@igr.de



Legende

Biotoptypen nach dem Eingriff

H Weitere anthropogen bedingte Biotope

- HM3a Strukturreiche Grünanlage
- HN1/HJ1 Gebäude/ Ziergarten

V Verkehrs- und Wirtschaftswege

- VA3 Gemeindestraße

LANDEPFLEGERISCHE MASSNAHMEN

M1 **Schutz des Bodens**
Die im Zuge der Baumaßnahme entstehenden Verdichtungen des anstehenden Bodens sind nach Abschluss der Arbeiten zu beseitigen.

Der Oberbodenabtrag ist auf das technisch absolut erforderliche Maß zu reduzieren. Bei der Abfuhr von Aushubmaterialien während der Bauphase sind die LAGA-Bestimmungen zu beachten.

Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in das Schutzgut Boden und der Vorsorge des Schutzgutes Mensch und menschliche Gesundheit.

M2 **Verwendung versickerungsfähiger Materialien**
Bei der Befestigung von interner Erschließung/Verkehrsflächen und Stellplätzen/Parkflächen sind nur versickerungsfähige Beläge (z. B. Drainpflaster, breitfugig verlegtes Pflaster, wassergebundene Decke, Hydroflor-Pflaster, Betongrasplatten) zu verwenden (§ 9 Abs. 4 und 11 BauGB i. V. m. LBauO). So werden insbesondere negative Einflüsse auf das Wasserpotenzial gemindert und das Wasser kann teilweise vor Ort versickern.

Der Eintrag von schädlichen stofflichen Einträgen in das Erdreich ist dabei zwingend zu vermeiden.
Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in die Schutzgüter Boden, Wasser und Luft, Klima/Klimawandel.

M3 **Bepflanzung der privaten Grünflächen**
Die Privatgrundstücke sollten mit mindestens mit je einem Baum der Artenliste A/B zu bepflanzen.

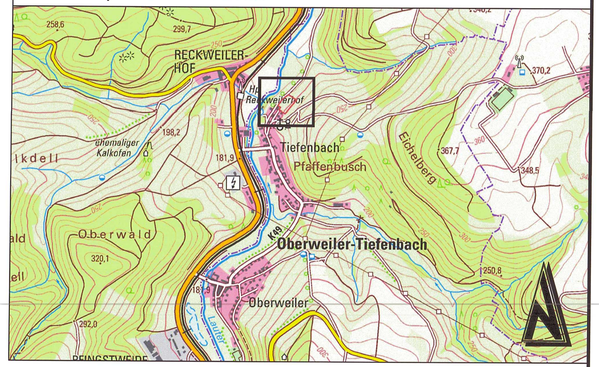
Des Weiteren sollten mindestens 5 % der Grundstücksfläche mit Sträuchern zu bepflanzen. Bei der Auswahl der Sträucher ist ein Anteil von mindestens 50 % der Artenliste D zu entnehmen.

Die Maßnahme dient der Minimierung des Eingriffes in die Grünflächen, fördert die Sauerstoffbildung, die Speicherung von Niederschlagswasser und der optischen Aufwertung der Siedlungsflächen.

Sonstige Informationen

- Grenze Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Übersichtsplan ohne Maßstab



Änderung	Bearbeitung	Prüfung	Datum

Bauherr / AG
Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach
Kreis Kusel

Projekt Bez.
Bebauungsplan "Kirchenstraße"
in der Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach

Zeichnung
Konflikt- und Maßnahmenplan
(Biotope nach dem Eingriff)

Massstab: 1:500
Anhang: 1.4

	Vermessung	Bearbeitung	CAD/Grafik	Prüfung
Zeichen		HC	KG	
Datum		Okt 2024	Okt 2024	
Projekt Nr.	2020052			

Blattgröße: 0.75 / 0.29
Blatt Nr.:
Bauherr / AG

Entwurfsverfasser

BKW ENGINEERING IGR
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern
Telefon: +49 631 205 910-0
E-Mail: info@igr.de

© GeoBasis-DE / LVermGeoRP2024, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de
D:\Projekte\2020052\20_BUE\04_Umweltbericht\2020052_1.4_Biotope nach Eingriff_G24.dwg
20.11.2024



© GeoBasis-DE / LVermGeoRP2024, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de

D:\Projekte\2020052\20_BUEl\04_Umweltbericht\2020052_1.3_Biotope vor Eingriff_G24.dwg

20.11.2024

Legende

Biotoptypen vor dem Eingriff

E Grünland

- EA1 Fettwiese, Glatthaferwiese
- *ED2* Magerweide

Pflanzennamen/ Abk.

krautige Arten

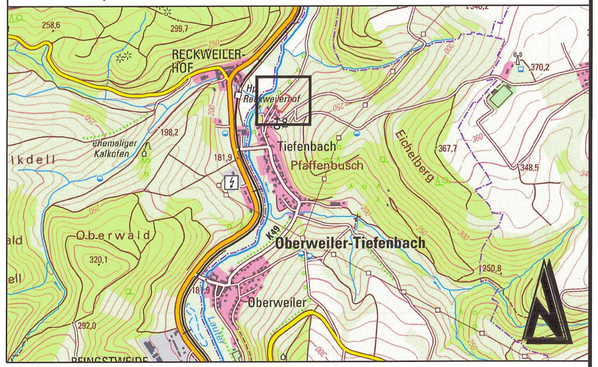
ami	Achillea millefolium	- Schafgarbe
apr	Alopecurus pratensis	- Wiesen-Fuchsschwanzgras
asy	Anthriscus sylvestris	- Wiesenkerbel
bp	Bellis perennis	- Gänseblümchen
cb	Crepis biennis	- Wiesen- Pippau
ceg	Cerastium glormeratum	- Knäuel-Hornkraut
cfv	Cerastium fontanum ssp vulgare	- Gemeines Hornkraut
dg	Dactylis glomerata	- Wiesen-Knäuelgras
gem	Geranium molle	- Welcher Storchschnabel
gmo	Galium mollugo	- Wiesen-Labkraut
hola	Holcus lanatus	- Wolliges Honiggras
hs	Heracleum sphondylium	- Wiesen-Bärenklau
mdi	Myosotis discolor	- Buntes Vergißmeinnicht
ra	Ranunculus acer	- Scharfer Hahnenfuß
ruac	Rumex acetosa	- (Großer) Sauer-Ampfer
ro	Rumex obtusifolius	- Stumpfblättriger Ampfer
sg	Saxifraga granulata	- Knöllchen- Steinbrech
to	Taraxacum sect. Ruderalia	- Wiesen-Löwenzahn
tp	Trifolium pratense	- Roter Wiesenklee
vch	Veronica chamaedrys	- Gamander-Ehrenpreis
vs	Vicia sepium	- Zaun-Wicke
vse	Veronica serpyllifolia	- Quendel-Ehrenpreis

\+ hoher Deckungsgrad (>10-50%)
! sehr hoher Deckungsgrad (>50%)

Sonstige Informationen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Baugebietes
- Kartierung §15 Flächen

Übersichtsplan ohne Maßstab



Änderung	Bearbeitung	Prüfung	Datum

Bauherr / AG
Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach
Kreis Kusel

Projekt Bez.
Bebauungsplan "Kirchenstraße"
in der Ortsgemeinde Oberweiler-Tiefenbach

Zeichnung
Bestandsplan (Biotope vor Eingriff)

Massstab: 1:500
Anhang: 1.3

	Vermessung	Bearbeitung	CAD/Grafik	Prüfung
Zeichen		HC	KG	
Datum		Okt 2024	Okt 2024	
Projekt Nr.	2020052			

Blattgröße: 0.75 / 0.29
Blatt Nr.:

Entwurfsverfasser

BKW ENGINEERING IGR
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern
Telefon: +49 631 205 910-0
E-Mail: info@igr.de

Bauherr / AG

Ausgleichsberechnung nach LKompVO Rheinland-Pfalz

Neubaugebiet

	Nutzungstyp nach Anlage 3 KV ggfs. ankreuzen, ob gesetzl. Schutz, LRT oder Zusatzbewertung					WP /qm	Fläche je Nutzungstyp in qm				Biotopwert [WP]				Differenz [WP]	
							vorher		nachher		vorher		nachher			
	Teilfläche Nr.	Typ-Nr.	Bezeichnung Kurzform	§30 LRT	Zus-Bew						Sp. 3 x Sp. 4		Sp. 3 x Sp. 6		Sp. 8 - Sp. 10	
	1	2a	2b	2c	2d	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
			Übertr.v.Bl. Nr.													
		1. Bestand vor Eingriff														
		EA1	Fettwiese Artenreich			19	2.806		0		53.314		0		53.314	
		ED2	Magerweide Artenreich			20	2.864		0		57.280		0		57.280	
		2. Zustand nach Eingriff														
		HM3a	Trittrasen/Parkrasen			5	0		1.177		0		5.885		5.885	
		HN1	Gebäude (nach GRZ 0,4)			0	0		1.562				0		0	
		HJ1	Ziergarten			11	0		2.342		0		25.762		25.762	
		VA3	Gemeindestraße			0	0		589		0		0		0	
		Summe/ Übertrag nach Blatt Nr.					5.670		5.670		110.594		31.647		-78.947	
Zusatzbewertung (Siehe Blätter Nr.: /)																
Anrechenbare Ersatzmaßnahme (Siehe Blätter Nr _____)																
Su															-78.947	

Ausgleichsberechnung nach LKompVO Rheinland-Pfalz

Baugebiet

	Nutzungstyp nach Anlage 3 KV ggfs. ankreuzen, ob gesetzl. Schutz, LRT oder Zusatzbewertung					WP /qm	Fläche je Nutzungstyp in qm				Biotopwert [WP]				Differenz [WP]	
							vorher		nachher		vorher		nachher			
	Teilfläche Nr.	Typ-Nr	Bezeichnung Kurzform	§30 LRT	Zus-Bew						Sp. 3 x Sp. 4		Sp. 3 x Sp. 6		Sp. 8 - Sp. 10	
	1	2a	2b	2c	2d	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
			Übertr.v.Bl. Nr.													
		1. Bestand vor Aufwertung/Umbau														
		EA3	E1 -"Bürgerhaus"			8	6.186		0		49.488		0		49.488	
		EB2	E2 - "L 384"			13	2.493		0		32.409		0		32.409	
		2. Zustand nach Aufwertung/Umbau														
		EA1	E1 -"Bürgerhaus"			19	0		6.186		0		117.534		117.534	
		EA1	E2 - "L 384"			19	0		2.493		0		47.367		47.367	
		Summe/ Übertrag nach Blatt Nr.					**8.679**		**8.679**		**81.897**		**164.901**		**83.004**	
Zusatzbewertung (Siehe Blätter Nr.: /)																
Anrechenbare Ersatzmaßnahme (Siehe Blätter Nr)																
Su															**83.004**	